

packen das an. Wir werden dabei sicher Fehler machen, und wir werden auch nicht alles vollkommen machen, ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: So viel steht fest!)

– Natürlich nicht. – ... aber wir reden nicht nur darüber, sondern wir machen es auch.

(Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Ja, wann denn?)

Was haben Sie denn für die Kommunen getan? Wir sind hingegangen und haben ihnen zunächst Geld an die Hand gegeben, damit sie überhaupt erst mal anfangen können, damit sie Ideen sammeln.

Bei Ihnen gab es überhaupt nichts. Das ist doch der Unterschied! Bei der digitalen Infrastruktur ...

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Stimmt doch überhaupt nicht!)

– Aber das muss man doch mal sagen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist jetzt ein bisschen dreist!)

– Es ist doch so. Was haben Sie den Kommunen denn für die Digitalisierung zur Verfügung gestellt? Ich habe nichts gefunden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Falls es nicht stimmen sollte, können Sie mich ja noch mal informieren. Ich habe da nichts gesehen.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Gucken Sie mal ins Gesetz rein, das ist nicht kompliziert!)

Wir machen es, und wir machen es so, dass es sich parallel entwickelt und andere auch teilhaben können.

Dasselbe gilt für die digitale Wirtschaft. Herr Bolte-Richter, woher nehmen Sie denn die Hinweise darauf, dass wir Strukturen nicht fortentwickeln oder dass wir sie sogar aufgeben wollten? – Im Gegenteil: Wir arbeiten daran, dass sich diese Strukturen weiterentwickeln und dass sie Wirkung entfalten können. Das ist das, was jetzt notwendig ist, und was wir tun können.

Es wurde auch gefragt, wo im Haushalt Prioritäten gesetzt werden. Wenn der Landesfinanzminister und die regierungstragenden Fraktionen in diesem Haushalt allein für die Kofinanzierung der Breitbandnetze 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen wollen, dann ist das eine ganz klare Aussage und das Setzen der Priorität, die Infrastruktur so schnell wie möglich auszubauen. Ein besseres Commitment kann ich mir jedenfalls nicht vorstellen.

(Beifall von der FDP)

Das gilt auch für die öffentliche Verwaltung. Vor uns liegen große Anstrengungen, und wir werden eine E-Government-Strategie vorlegen, die darlegt, was wir

schon getan haben, und welche Schritte als Nächstes kommen. Wir werden auch Mittel für die Weiterentwicklung der Landesverwaltung bereitstellen, so dass sich ihre IT-Infrastruktur entwickeln kann und die Software so organisiert werden kann, dass nicht jedes Ressort eine eigene Ausstattung und ein eigene Infrastruktur hat, aber nichts zusammenpasst. All das müssen wir angehen, weil es bisher nicht erledigt worden ist. Das muss man an dieser Stelle auch feststellen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Lieber Herr Dr. Untrierer, Sie haben vorhin etwas zum Elterngeld gesagt. Genau das ist unser Problem: Bei uns in Deutschland läuft vieles unglaublich kompliziert ab. Und dann fährt man nach Estland und sieht, wie einfach es gehen kann. Es reicht nicht, die in der analogen Welt zur Perfektion entwickelte Bürokratie einfach zu digitalisieren. Das macht nichts einfacher, sondern wir müssen uns auf dem Weg dorthin auch fragen, ob unsere Prozesse überhaupt funktionieren und ob wir sie nicht grundlegend einfacher machen können.

Das Gewerbeportal betreffend, haben wir schon gezeigt, wie es gehen kann. So etwas wünsche ich mir für andere Lebensbereiche genauso wie Sie. Daran arbeiten wir, und ich denke, mit den uns bereitgestellten Ressourcen und der Motivation, die wir dafür haben – auch in der öffentlichen Verwaltung – können wir es schaffen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Teil c) Innovation, Digitalisierung und kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4414, den Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen also zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dieser zu? – CDU und FDP stimmen der Beschlussempfehlung zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Herr Nepe enthält sich.

Damit ist **Einzelplan 14 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4414** mit der Mehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 08
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen
und Wohnen**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4408

a) Kommunales und GFG

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019- GFG 2019)

b) Heimat, Bauen und Wohnen

c) Gleichstellung

Ich rufe als Erstes auf:

a) Kommunales und GFG

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 – GFG 2019)

Ich eröffne die Aussprache, und für die SPD-Fraktion hat der Kollege Kämmerling das Wort.

Stefan Kämmerling (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke)

Spektuläre Änderungen in Sachen Gemeindefinanzierungsgesetz hat es zwischen der ersten und der zweiten Lesung nicht gegeben.

Ich möchte mit der Erfindung von Frau Ministerin Scharrenbach beginnen, die den Namen „finanzkraftunabhängige Aufwandspauschale“ trägt. Die Pauschale ist für sich genommen schon Spektakel genug.

Ich möchte Ihnen einige Aussagen aus der Sachverständigenanhörung zu diesem Thema vortragen. Frau Göppert vom Städtetag NRW sagt dazu: „systemfremd“, „nicht der richtige Ansatz“ und „Entzug von Mitteln zugunsten strukturschwacher Kommunen“. Herr Dr. Slawik vom Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ spricht von „Systembruch“, „systematisch nicht nachvollziehbar“ und „Entnahmen aus dem Finanzausgleich“. Und Herr Weeke, der Kämmerer der Stadt Solingen, hält sie für nicht zielführend; damit ernte man bei Einwohnern Unverständnis.

Ich könnte die Aufzählung fortsetzen, aber ich denke, ich habe die Stimmung in der Sachverständigenanhörung zu diesem Thema mit diesen Aussagen ausreichend und vollumfänglich beschrieben.

Frau Scharrenbach, Ihre finanzkraftunabhängige Pauschale ist nicht finanzwissenschaftlich begründet, und Sie testen damit meiner festen Überzeugung nach aus, wie weit Sie gehen können.

(Beifall von der SPD)

Ich halte noch einmal fest, was mittlerweile alle im Land wissen: Frau Ministerin Scharrenbach und die Landtagsfraktionen von CDU und FDP nehmen den Kommunen mit kleiner Finanzkraft und geben den Kommunen mit größerer Finanzkraft. Das lehnen wir ab.

(Beifall von der SPD)

Zum Thema „fiktive Hebesätze“ habe ich mich meiner Meinung nach in der ersten Lesung bereits erschöpfend geäußert. An meiner Einschätzung hat sich zwischenzeitlich nichts geändert. Auch hier nehmen Sie Umverteilungen zulasten strukturschwächerer Kommunen vor. Auch das hat die Anhörung zu diesem Thema glasklar gezeigt.

Auch zum Soziallastenansatz sind die Positionen meines Erachtens zur Genüge ausgetauscht. Ich darf heute in zweiter Lesung noch einmal auf unsere Anregung hinweisen, über eine Abmilderungshilfe nachzudenken. Das war bei der Anhebung des Soziallastenansatzes auch der Fall, und es wurde Rücksicht auf die Planung der Kommunen genommen.

Ich komme zum Thema „Integrationspauschale“. Dafür feiern Sie sich – zumindest haben Sie es gestern getan – wirklich selbstberauscht ab. Ich darf an die Überschrift Ihres Wahlpapiers erinnern. Darin stand in großen Buchstaben: „Zuhören. Entscheiden. Handeln. Regierungsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen 2017 – 2022, Beschluss des 39. Landesparteitags vom 1. April 2017.“

Jetzt frage ich mich – denn wir sprechen ja über den Haushalt 2019 –: Wenn das jetzt hier alles Zuhören, Entscheiden und Handeln ist, und wenn Sie gestern ausgeführt haben: „Selbstverständlich halten wir, was wir versprochen haben“, – was hat sich denn vom Haushalt 2018 zum Haushalt 2019 verändert? Die Landtagswahl ist ja schon ein bisschen länger her.

Sie haben hier Druck gebraucht und sind nicht von alleine auf die Idee gekommen, Ihr Versprechen einzulösen. Neun Bürgermeister aus der Städteregion Aachen haben die Landesregierung in aller Deutlichkeit in einem Brandbrief aufgefordert, ihr Versprechen einzuhalten. 18 Bürgermeister haben Ihnen unabhängig hiervon einen Brandbrief geschrieben. Unter der Führung eines christdemokratischen Bürgermeisters haben diese 18 Bürgermeister mit einer

Sitzblockade vor dem Landtag gedroht. Ganz so flott waren Sie mit der Umsetzung Ihrer Versprechen also nicht. Das hat schon eine Menge Druck gebraucht.

Jetzt gibt es noch ein rechnerisches Problem. Das ist gestern hier von den Fachpolitikern im Zusammenhang mit dem FlüAG aufgerufen worden. Es handelt sich um die Frage: Wie ist denn die Veränderung haushalterisch mit der Integrationspauschale in Zusammenhang zu bringen? Bisher war es so vorgesehen haben, dass Sie die 108 Millionen Euro für das FlüAG aus der Integrationspauschale nehmen.

Herr Stamp ist gestern in der Diskussion zum Haushalt gefragt worden: Wie stellen Sie das denn jetzt dar? Wo ist die Kompensation? Wo kommt das Geld her? Sie können einen Euro nicht zweimal ausgeben. – Herr Stamp hat dann gesagt: Das beantworte ich heute nicht. Lassen Sie sich mal überraschen. Da kommt ein guter Vorschlag.

Wenn Sie es noch nicht wissen sollten – Wir wollen ja auch eine Opposition der Einladung und Unterstützung sein –: Seien Sie doch so freundlich und schauen sich Kapitel 07 090 des Haushaltes an, und hier den Titel 633 40. Die Empfehlung aus kaufmännischer Sicht wäre, den Titel von 546.980.000 Euro um 108 Millionen Euro auf 654.980.000 Euro zu erhöhen. Dann wäre Ihr Problem gelöst. Das hätte man gestern einfach beantworten können. Anders geht es wohl nicht. Wir warten jetzt auf die Überraschung von Herrn Stamp.

Ich glaube, Tweets darf man hier nicht ausgedruckt hochhalten, Herr Präsident. Deswegen tue ich es so, dass es keiner sieht.

(Der Redner zeigt ein Schriftstück.)

Interessant ist die Vermischung von Staatsgewalten, die Sie selbst im Haushaltsverfahren beim Thema „FlüAG“ vornehmen. Am 20.11.2018 um 17:38 Uhr teilt die Landesregierung über den Twitter-Account der Landesregierung „Chancen NRW“ mit, dass sie die Pauschale jetzt vollends weitergibt. Einen Tag später erst sind die parlamentarischen Vertreter dran – ich habe es bislang immer so verstanden, dass die für den Haushalt zuständig sind –, nämlich am 21.11.2018 um 13:20 Uhr.

Sie vermengen die Aufgaben und die Verantwortung von Regierung und Parlament in den Fachausschüssen, so auch in den Haushaltsberatungen. Ich rufe Sie dazu auf, darüber mal nachzudenken. – Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kämmerling. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Hoppe-Biermeyer.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik passiert vor Ort. Dort spürt man die Auswirkungen unserer Entscheidungen ganz direkt. Das wissen wir, und darum verstehen wir von CDU und FDP uns als Partner der Kommunen.

Mit diesem Haushalt wird einmal mehr sichtbar, dass für uns die Stärkung der Kommunen eine hohe Priorität hat. Darum leitet die Landesregierung im nächsten Jahr die Integrationspauschale in Höhe von 432,8 Millionen Euro komplett weiter. Durch das neue Förderprogramm zur Modernisierung von Sportstätten fließen über die Sportvereine weitere 30 Millionen Euro in die Kommunen.

Diese Landesregierung ist kommunalfreundlich. Zur Stärkung der Städte und Gemeinden gehört es zentral natürlich, keine Kommune zu vernachlässigen. Darum entwickeln wir das Gemeindefinanzierungsgesetz, das GFG, Schritt für Schritt weiter.

Die gute Nachricht vorweg: Nach zwei Rekord-GFGs mit 10,6 Milliarden Euro und 11,7 Milliarden Euro setzt das GFG 2019 mit 12,4 Milliarden Euro erneut eine Bestmarke.

Im ersten Entwicklungsschritt haben wir vor einem Jahr den Kommunal-Soli gestrichen, mit der Abschmelzung des Vorwegabzugs begonnen und die beiden Pauschalen für Sport und Bildung erhöht. Von diesem Geld profitieren die Kommunen direkt.

Seit August 2017 liegt das sogenannte Sofia-Gutachten vor. Über die möglichen Auswirkungen dieses Gutachtens wurde im Vorfeld viel spekuliert. Wir haben es aber vorgezogen, darüber mit der kommunalen Familie zu sprechen, auch um unbegründete Ängste zu nehmen. Herausgekommen ist ein GFG 2019, in das Empfehlungen des Sofia-Gutachtens stufenweise einfließen.

Durch den Wechsel der Regressionsmethodik vom bisherigen OLS-Verfahren hin zur sogenannten robusten Regression verändern sich zwar die Gewichtungen der Nebenansätze, werden aber im ersten Schritt mit einem Abschlag von 50 % versehen. Dadurch sinkt der Soziallastenansatz zwar ab, aber eben nur halb so stark.

Neu im Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 ist die Aufwands- und Unterhaltungspauschale in Höhe von 120 Millionen Euro. Die Verteilung erfolgt zu je 50 % nach Einwohnern und nach Fläche. Diese Pauschale stärkt insbesondere den ländlichen Raum und wird als allgemeines Deckungsmittel zugewiesen.

(Zuruf von Stefan Kämmerling [SPD])

Städte und Gemeinden können selbst entscheiden, wo und wie sie dieses Geld einsetzen.

(Zuruf von Stefan Kämmerling [SPD])

Auch bei den anderen Pauschalen setzen wir den Weg der Stärkung der kommunalen Investitionskraft konsequent fort.

Positiv angekommen ist im letzten Jahr in den Städten und Gemeinden, dass die Sportpauschale und die Schul- und Bildungspauschale erhöht wurden und in Zukunft gegenseitig deckungsfähig, also austauschbar sind. Das bleibt natürlich so. Beide Pauschalen werden außerdem erneut erhöht, die Schul- und Bildungspauschale deutlich um 50 Millionen Euro auf 660 Millionen Euro und die Sportpauschale als Folge der Dynamisierung von 53,3 Millionen Euro auf 55 Millionen Euro.

Auch bei den fiktiven Hebesätzen macht die Umsetzung des Sofia-Gutachtens eine Aktualisierung erforderlich. Die bisher genutzten Grunddatenjahre 2009 bis 2012 werden im GFG 2019 auf die Grunddatenjahre 2011 bis 2015 aktualisiert.

Da man sich bei der Festsetzung der fiktiven Hebesätze am Landesdurchschnitt der Kommunen orientiert, hätte das wegen der starken Steigerungen in den Stärkungspakt-Kommunen automatisch zu sprunghaften Erhöhungen der fiktiven Hebesätze geführt. Um den Anstieg der fiktiven Hebesätze spürbar zu begrenzen, werden für die beiden Grundsteuern Abschläge von 10 % und für die Gewerbesteuer von 6 % eingeführt. Bisher lag der Abschlag einheitlich bei 5 %.

Für die Grundsteuer A erhöht sich damit der fiktive Hebesatz von 217 Euro auf 223 Euro, für die Grundsteuer B von 429 Euro auf 443 Euro und für die Gewerbesteuer von 417 Euro auf 418 Euro.

Die Städte und Gemeinden spüren die positive Wirkung der neuen Regierungspolitik. Der ländliche Raum wird nicht mehr vernachlässigt, und das Gegeneinander-Ausspielen von Stadt und Land ist beendet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

An diesem Grundsatz wird sich unsere Politik für die Kommunen weiter orientieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hoppe-Biermeyer. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne an die letzte Bemerkung des Kollegen Hoppe-Biermeyer anknüpfen, dass der ländliche Raum nicht mehr gegen die Städte ausgespielt würde. Da hat auch ein Ratsmitglied aus Essen ganz doll geklatscht, nämlich der Kollege Schrupf.

Ich kann nur sagen, was heute der Oberbürgermeister der Stadt Essen dem Land ins Stammbuch schreibt. Er hat nämlich eine Pressemitteilung herausgegeben, in der steht, dass die Kostenerstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz nicht einmal annähernd das deckt, was die Landesregierung versprochen hat:

(Stefan Kämmerling [SPD]: Hört! Hört!)

Die Stadt Essen erhält mehr als 2.000 Euro weniger, als zunächst gegeben werden sollte.

Was spannend ist – weil wir ja gleich über die Integrationspauschale sprechen –: Sie haben sich entschieden, nicht die Kosten für das Flüchtlingsaufnahmegesetz anzuheben, sondern die Integrationspauschale, und die Kosten da herauszunehmen. Das heißt im Umkehrschluss – wir werden das im Haushaltsausschuss noch einmal dezidiert nachfragen –, dass Sie gewillt sind, „Rechte Tasche – linke Tasche“ zu spielen, indem Sie das, was bei der Integrationspauschale reinkommt, aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz wieder rausnehmen. Das ist nicht in Ordnung!

(Beifall von den GRÜNEN – Stefan Kämmerling (SPD): Richtig! – Horst Becker [GRÜNE]: Taschenspielertrick!)

Zweiter Punkt, Frau Ministerin: Aufwandspauschale und Vorwegabzug im Gemeindefinanzierungsgesetz. Da wundere ich mich ein bisschen, dass der Kollege Kämmerling gesagt hat, zwischen erster und zweiter Lesung wäre nichts passiert. Wir haben Anträge zur Umverteilung gestellt, und zwar in einer Größenordnung von fast 250 Millionen Euro. Wir sind nämlich der Auffassung, dass die Aufwandspauschale – da bin ich ganz bei Ihnen – fachlich nicht fundiert ist. Das haben auch die Vertreterinnen und Vertreter aller kommunalen Spitzenverbände eindeutig eingeräumt. Das ist vielmehr ganz schlicht eine politische Setzung, um die Disparitäten im Gemeindefinanzierungsbereich nochmals zu verschärfen.

Der Sachverständige Busch hat ausführlich dargestellt – auch Herr Holler vom Städtetag sowie der Städte- und Gemeindebund haben es für einige Regionen sehr klar zugestanden –, dass es nichts nützt, diese Aufwandspauschale aus dem GFG zu finanzieren, weil das genau den steuerschwachen Kommunen das Geld entzieht, das sie für Investitionen brauchen. Wenn Sie meinen, diese Aufwandspauschale einsetzen zu müssen, müssen Sie sie erstens besser zuschneiden und zweitens aus Landesgeld finanzieren. So ist es eine ungerechte Umverteilung im Gemeindefinanzierungsgesetz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dritter Punkt. Diese Geschichte wird hier immer wieder vorgetragen; es geht um die Pauschalen: Bil-

dungspauschale und Sportpauschale sowie Investitionspauschale. Es kommt kein Cent mehr ins Gemeindefinanzierungsgesetz rein, indem Sie bestimmte Beträge für die Pauschalen festschreiben. Das ist einfach ein Märchen.

Erzählen Sie Ihren Fachpolitikern doch nicht, dass dort mehr Bildung finanziert wird; vielmehr wird den Kommunen schlichtweg vorgeschrieben, was sie mit ihrem eigenen Geld zu tun haben. Das hat mit mehr Bildung überhaupt nichts zu tun!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ein Punkt ist mir wichtig, was das Stichwort „Gerechtigkeit“ betrifft. Sie haben in einem der ersten Schritte nach Regierungsübernahme gemeint, den Solidarbeitrag für den Stärkungspakt abschaffen zu müssen. Das kann man ja tun. Was hat das für Folgen? Die Stadt Monheim, schwer gebeutelt, baut sich für mehrere Dutzende Millionen Euro Geysire – da muss man im Kreisverkehr anhalten, um sich das anzuschauen. Sie wird entlastet. Die Stadt Monheim wird mit 30 Millionen Euro jährlich entlastet; die Städte Düsseldorf und Ratingen werden ebenfalls in zweistelliger Millionenhöhe entlastet.

Das kann man in Ordnung finden. Auf der anderen Seite müssen aber Städte wie Hagen – ich will jetzt die anderen 65 Stärkungspakt-Städte nicht alle aufzählen – weiterhin 124 Millionen Euro in das GFG einzahlen

(Widerspruch von der CDU)

– doch, das ist so! – und werden nicht entlastet. Das kann man doch nicht Gerechtigkeit nennen! Das ist plumpe Klientelfinanzierung auf Kosten der Städte und Gemeinden, weil das aus dem Stärkungspakt selbst herausgenommen worden ist. Sie haben das noch nicht mal mit Landesmitteln gegenfinanziert.

Deswegen haben wir konsequenterweise die Streichung des Vorwegabzuges aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz gefordert. Ich verstehe überhaupt nicht, liebe CDU-Fraktion, warum Sie nicht in der Lage sind, diesem Antrag zu folgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einige Worte zur Zukunft verlieren. Wir haben heute lange über das Thema „Straßenausbaubeiträge“ gesprochen. Das will ich nur kurz anreißen. Wer für kommunale Gerechtigkeit ist und da etwas schaffen will, der muss – egal ob SPD, CDU oder FDP – einen Deckungsvorschlag für all das vorlegen, was er vorhat.

Ein letzter Punkt ist mir wirklich ein Herzensanliegen: Wir haben letzte Woche ein Gutachten vorgelegt, das sich mit dem Thema „Altschulden und kommunale Kassenkredite“ befasst. Ich habe es allen Kolleginnen und Kollegen, soweit es gewünscht wurde, ergänzend zur Verfügung gestellt. Darin sind meiner Meinung nach sehr kluge Überlegungen angestellt,

wie dieses Problem angegangen werden kann. Ich lade Sie alle ein, an diesem Thema intensiv weiterzuarbeiten.

Herr Kollege Schrumpf, da spreche ich Sie ganz persönlich an: Unsere Heimatstadt hätte es verdient, dass nicht alles im parteipolitischen Streit kaputtgemacht wird. Wir sollten lieber vernünftig über alles diskutieren, um eine vernünftige Lösung für das Land Nordrhein-Westfalen und auch für die anderen Bundesländer herbeizuführen. Ich würde da sehr gerne mit Ihnen zusammenarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 setzt die NRW-Koalition die eingeleitete Kurskorrektur in der Kommunalpolitik, insbesondere in der Kommunalfinanzpolitik, fort.

Es ist gerade schon angesprochen worden, und ich will darum direkt noch einmal auf den Kollegen Mostofizadeh eingehen: Ich wundere mich immer und immer wieder, dass Sie etwas gegen eine Lösung haben, bei der niemand schlechter gestellt wird, aber Schritt für Schritt sehr viele besser.

Es geht um den Kommunal-Soli und das Abschmelzen des Vorwegabzuges. Der wird immer weiter abgeschmolzen, ohne dass nur eine Stärkungspakt-Kommune weniger Geld erhält. Insofern sollten Sie – ich wiederhole es – Ihren Gerechtigkeitsbegriff noch einmal überdenken.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Sie wissen selbst, dass das nicht stimmt! Das ist das Schlimme! – Michael Hübner [SPD]: Das hat schon einer behauptet, und es war damals schon falsch!)

Grundsätzlich ist auch das einer von unseren Schritten, auf den wir uns im Koalitionsvertrag geeinigt haben, hin zu echten 23 % aus der Verbundmasse. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil damit die kommunale Finanzkraft nachhaltig und dauerhaft gestärkt wird.

Ein schönes Zeichen für unser Vertrauen in die Kommunen vor Ort und in die Kommunalpolitik ist, dass die Investitionspauschalen gegenseitig deckungsfähig bleiben und nicht zweckgebunden sind. Die Menschen vor Ort wissen am besten, wo der Schuh am meisten drückt: sei es im Sportbereich, im Innenstadtbereich oder in der Schule. Also: Vertrauen in die Arbeit vor Ort stärkt unsere Kommunen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, das GFG 2019 hat ein Rekordvolumen von fast 12,4 Milliarden Euro – 675 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr: plus 6 %.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Aber ohne Ihr Zutun!)

Damit profitieren die Kommunen von der guten Wirtschaftslage. Gut so, richtig so; insbesondere ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Ein Entwurf insbesondere zum GFG ohne Kritik ist wohl schlichtweg nicht möglich. Es gab auch ganz unterschiedliche Sichtweisen im Kommunalausschuss. Ich möchte kurz auf ein oder zwei Punkte eingehen.

Ganz grundsätzlich erscheint mir in mancher Debatte der Anspruch an das GFG zu sein, dass damit eine auskömmliche Finanzierung für sämtliche Kommunen und deren Aufgaben verbunden ist. Das mag politisch wünschenswert klingen, widerspricht aber der langjährigen Systematik des GFG, das einen Finanzausgleich zwischen den Kommunen herstellen soll. Das ist auch richtig.

Damit einher geht nach einer inneren Logik übrigens auch, dass im Regelfall einem Mehr an eigenen Erträgen und kommunaler Finanzkraft ein Weniger aus dem Finanzausgleich folgt.

Durchaus bemerkenswert finde ich die öffentliche Kritik unseres Ausschussvorsitzenden, des Kollegen Körfges, in „Der Lokalbote“ in Mönchengladbach; Sie können es ihm vielleicht ausrichten. Er beschwerte sich darüber, dass Mönchengladbach nun 8,9 Millionen Euro weniger erhalte. Der Grund dafür sei die schwarz-gelbe Landesregierung. Die habe das so entschieden.

Wie kann man sich nur so weit von der Wahrheit entfernen? In Mönchengladbach werden die Zuweisungen um 13,8 Millionen Euro steigen – und das, obwohl die Stadt Mönchengladbach im nächsten Jahr eine gestiegene Steuerkraft von 5 Millionen Euro zu erwarten hat. Also: eine wissentlich falsche Vergleichsrechnung, mit der man versucht, vor Ort Politik zu machen.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Nein! Der Steuerverbund erhöht sich und dadurch der Anteil! Das ist Quatsch!)

Das wird dem Anspruch an eine fachliche Debatte nicht gerecht.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, vor uns liegen noch viele Hausaufgaben; einige davon haben wir im Koalitionsvertrag schon skizziert. Wir stehen auch bei einigen Gesetzesvorhaben, die wir wahrscheinlich noch in diesem Jahr abschließen werden, bei der NKF-

Evaluation zum Beispiel kurz vor dem Abschluss der Beratungen.

Herr Kollege Mostofizadeh hat auch in der NRW-Koalition das Thema „Altschulden“ angesprochen. Es hat eine ganz besondere Priorität. Das habe ich im Ausschuss immer wieder gesagt; ich wiederhole es auch hier sehr gerne.

Natürlich ist es klug, die aktuell günstige Zinslage zu nutzen. Darum wollen wir das auch tun. Nichtsdestotrotz wissen wir wie auch Sie, dass es auf Bundesebene in der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unter anderem konkret um die Frage der kommunalen Schulden geht.

Es ist meines Erachtens daher Aufgabe aller hier im Hause vertretenen Fraktionen, auf die Kolleginnen und Kollegen in Berlin einzuwirken, damit der Bund seiner Verantwortung gerecht wird. Insbesondere durch Bundesgesetze verursachte Soziallasten führen schließlich dazu, dass die kommunalen Kassen in Nordrhein-Westfalen unter Druck geraten.

(Beifall von der FDP)

Alles, was wir an Lösungen anbieten, muss bestmöglich mit möglichen Bundeshilfen ineinandergreifen. Da helfen kein Vorpreschen und keine Alleingänge. Es bedarf einer klugen Abstimmung zwischen Bund und Ländern.

Daher ist es besser, dass wir uns die Zeit nehmen, zu einer guten und klugen Lösung zu kommen, statt in politischen Ränkespielchen darum zu streiten, wer eine Woche früher oder später einen Vorschlag auf den Weg gebracht hat.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD-Fraktion erhält nun Herr Abgeordneter Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab ein kurzes Wort zum Thema „Heimatpolitik“: Dort, wo sich die Landesregierung bemüht, traditionelle Werte im Land und unsere Heimat zu stärken, sind wir sicherlich an ihrer Seite.

Allerdings vermissen wir die Zielstrebigkeit der Programme. Sie sind etwas unklar geregelt. Es erweckt den Eindruck, als würde man mit hübschen Überschriften versuchen, ein Thema zu besetzen, ohne wirklich Substanz dahinter zu haben.

Unseren Vorschlag, die Programme erst einmal maßvoll anlaufen zu lassen und dann gegebenen-

falls nachzulegen, haben Sie leider nicht aufgegriffen. Der Kollege Beckamp wird sicherlich gleich noch ein paar Worte dazu sagen.

Zum Thema „Kommunales“ möchte ich einige Aspekte ansprechen. Dass Sie sich der interkommunalen Zusammenarbeit widmen, begrüßen wir ausdrücklich. Es gibt gewaltige Synergiepotenziale, die schlummern und dringend erschlossen werden müssen.

Allerdings scheint uns die Summe von gut 2 Millionen Euro eher wie ein Alibi-posten zu sein, nach dem Motto: Seht her, wir tun etwas. – Ein ernsthafter Ansatz – da bin ich mir sicher – müsste deutlich höher liegen. Wir sind uns auch sicher: Diese Investition würde sich langfristig lohnen.

Das GFG – das klang schon an – glänzt angesichts guten konjunkturellen Wetters in diesem Jahr ebenfalls. 12,1 Milliarden Euro spült der Verbundbeitrag in die Kassen der Kommune.

Das ist ausdrücklich kein Lob an die Regierung, denn es ist ausschließlich den guten konjunkturellen Rahmenbedingungen geschuldet. Sobald sich die wirtschaftliche Lage eintrübt – das ist absehbar –, sind auch hier die fetten Zeiten vorbei.

Ein Blick in die Vergangenheit verrät uns, dass der Verbundsatz noch in den 80er-Jahren bei 28 % lag. Heute sind wir bei etwa 23 %. Das macht 50 Milliarden Euro aus, die fehlen. Viele Kommunen wären heute nicht in einer misslichen Lage, wenn man sich damals nicht bei ihnen bedient hätte.

Es wäre also angezeigt, diese strukturelle Unterfinanzierung zu beenden, bevor sich die Konjunkturdaten eintrüben, damit unsere Kommunen auch mittel- und langfristig solide haushalten können.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat einen neuen Verbundschlüssel eingeführt. 120 Millionen Euro werden in der sogenannten Aufwands- und Unterhaltungspauschale verteilt.

Natürlich stärkt das in erster Linie den ländlichen Raum, und natürlich befinden sich dort vor allem die Hochburgen der Union.

Umgekehrt wissen wir auch, dass die SPD während ihrer Regierungszeit ein bisschen großzügiger mit den urbanen Räumen umgegangen ist. Hier sollte also niemand mit dem Finger zeigen. Man merkt es ja auch an der Debatte: Es geht offensichtlich um Verteilungskämpfe.

Sicher ist es richtig, den ländlichen Raum zu stärken, um dort weiterhin attraktive Lebensbedingungen zu erhalten. Im Sinne der Kontinuität und einer nachhaltigen Finanzpolitik wäre es aber gut, wenn die Verteilmechanismen zukünftig weniger vom Parteibuch des zuständigen Ministers bzw. der zuständigen Ministerin abhängig wären.

Abschließend möchte ich die Anhebung der Sockelbeträge bei der Bildungs- und der Sportpauschale positiv hervorheben. Auch das begrüßen wir ausdrücklich.

Insgesamt bleibt der Eindruck, der sich wie ein roter Faden durch den gesamten Haushalt zieht: Sie machen bei schönem Wetter Schön-Wetter-Politik. Das tut derzeit keinem weh, aber sobald Wolken aufziehen, ist es damit vorbei.

Damit lassen Sie leider auch die Möglichkeit verstreichen, in guten Zeiten wichtige Kurskorrekturen vorzunehmen. Trotz guter Ansätze können wir deshalb diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat nun Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das GFG 2019 ist in der Tat 12,4 Milliarden Euro schwer. Es gibt im Vergleich zum noch laufenden GFG 2018 – großzügig aufgerundet – eine Erhöhung um 700 Millionen Euro. So viel dürfen die Städte und Gemeinden im kommenden Jahr erwarten.

Darauf dürfen wir zu Recht stolz sein; denn es ist mitnichten so, dass dies ausschließlich der wirtschaftlichen Lage geschuldet wäre. Das ist es ohne Frage in einem großen Maße.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat die Finanzausgleichsmasse – wie bereits im laufenden Jahr 2018 – auch für das Jahr 2019 im Vorgriff um 217 Millionen Euro erhöht und damit eine Beteiligung des Landes an einer Bundesentlastung zu 100 % an die Kommunen weitergegeben. Ich glaube, das sollten wir in dieser Debatte auch entsprechend betonen.

Wenn man die Sachverständigenanhörung nimmt und einfach einmal nachliest, was beispielsweise der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund zur neu eingeführten Aufwands- und Unterhaltungspauschale – wenn Sie die denn so beschließen – gesagt haben, kann man sehr wohl erkennen, dass beide Verbände Folgendes formuliert haben:

„Die Einführung einer neuen Zuweisung eigener Art in Form einer Aufwands-/Unterhaltungspauschale in Höhe von 120.000.000 Euro als allgemeine Deckungsmittel zur finanzkraftunabhängigen Stärkung der gemeindlichen Infrastruktur ist schließlich ebenfalls zu begrüßen.“

– Es ist zu begrüßen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich weiß zwar nicht, welche Stellungnahmen Sie gelesen haben, aber ein vollständiger Blick und jedenfalls der Versuch einer objektiven Wiedergabe in Bezug auf die Argumentation zur angedachten Aufwands- und Unterhaltungspauschale wären sehr hilfreich. Dazu liest man im Weiteren auch Folgendes:

„Der Verzicht auf eine Zweckbindung zugunsten flexibler Einsatzmöglichkeiten ist ein gutes Zeichen, nämlich ein Zeichen des Vertrauens der Landesregierung in die kommunale Familie.“

Beide Verbände äußern sich auch zum vorgesehenen Verteilschlüssel. Auch die hälftige Verteilung nach den Maßstäben Einwohner und Fläche ist – man kann das gar nicht oft genug wiederholen – beispielgebend.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beide Verbände empfehlen sogar, das Instrument perspektivisch weiter auszubauen. Ich glaube, deutlicher kann man nicht sagen, wie richtig wir damit liegen, dass wir als Landesregierung Nordrhein-Westfalen erstmals anerkennen, dass eine Stadt bzw. eine Gemeinde unabhängig von ihrer Finanzkraft Aufwendungen für die Erhaltung des eigenen Vermögens zu tragen hat.

Deswegen ist die Pauschale auch finanzkraftunabhängig, und deswegen ist sie auch so ausgestaltet, dass sie nicht in die Umlagebemessungen von Kreisen oder Landschaftsverbänden eingerechnet wird, sondern sie bleibt da, wo sie hinkommt, nämlich in den Städten und Gemeinden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich komme zu den Investitionspauschalen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten. Gerade wurde behauptet, wir würden den Kommunen stärker vorschreiben, wie sie das Geld zu verwenden haben.

Genau das Gegenteil ist der Fall: Wir haben die goldenen Zügel, die Sie gegenüber den Städten und Gemeinden in die Gemeindefinanzierung eingebaut haben, aufgehoben. Wir haben sie abgeschafft und gesagt: Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung, die Kommunen sollen selbst entscheiden, worin sie – ausgelöst von den kommunalen Prioritäten – mit diesem Geld investieren.

Gestatten Sie mir bitte noch einen Hinweis zum Thema „Kommunal-Soli/Vorwegabzug“. Wenn Sie an der Regierung geblieben wären – was ja nicht der Fall ist, aber nehmen wir einmal an, Sie wären drangeblieben–, ...

(Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Schlimme Vorstellung!)

– Das ist ohne Frage so, Herr Kollege Laumann.

... dann hätte der Gesamtbeitrag der kommunalen Familie zur Finanzierung des Stärkungspaktes II seit 2011 – nur im Wege der Vorwegabzüge ohne Solidaritätsumlage – 986 Millionen Euro ausgemacht. Das ist das Geld, das Sie der kommunalen Familie seit 2011 entzogen hätten – zum Teil ist das eingetreten –, wenn Sie an der Regierung geblieben wären.

Diese Regierung aber macht genau das Gegenteil. Wir haben den Kommunalsoli im Jahr 2018 abgeschafft. Nächstes Jahr werden der kommunalen Familie damit mindestens 180 Millionen Euro bleiben. Das betrifft auch viele Städte und Gemeinden, die Sie immer als reich betiteln, die aber komischerweise für diesen Reichtum Kredite haben aufnehmen müssen, um ihren Beitrag zu leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir schmelzen den sogenannten Vorwegabzug ab, den die Städte und Gemeinden, die eben – ich betone das ausdrücklich – nicht im Stärkungspakt sind, bisher haben leisten müssen. Auch da haben wir in diesem Jahr begonnen, abzuschmelzen. Im kommenden Jahr wird das fortgesetzt. In 2020 senken wir ebenfalls ab, sodass auch dieses Geld zusätzlich in Städten und Gemeinden verbleibt.

Präsident André Kuper: Frau Ministerin, wir haben eine Zwischenfrage des Kollegen Kämmerling vorliegen.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr gerne!

Stefan Kämmerling (SPD): Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich habe es nicht mitgeschrieben. Deswegen will ich es so in meine Frage einordnen, wie ich es verstanden habe.

Sie haben gerade ausgeführt, dass jemand im Raum – Sie haben gesagt „Sie“; dabei kann es sich um einige der hier Anwesenden handeln – einige Kommunen immer als reich bezeichnen würde.

Sind Sie bereit, mir die Quelle zu nennen? Sie haben irgendjemanden gerade so zitiert, dass er eine bestimmte Gruppe Kommunen als reich bezeichnen würde. Ich wüsste gerne, wen Sie damit meinen und was Ihre Quelle ist.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Herr Abgeordneter, für diese Frage.

Sehen Sie, die Abgeordneten von SPD und Grünen verteidigen unverändert die Erforderlichkeit eines

Kommunal-Solis, damit man vermeintlich reiche Gemeinden zur Finanzierung heranzieht.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Wir sagen Ihnen: Diese vermeintlich reichen Gemeinden, die Sie meinen, haben sehr häufig Kredite aufnehmen müssen, um genau das zu finanzieren, weil sie eben nicht reich sind, weil die weiterhin rot laufen in Ergebnisrechnungen. Das ist der deutliche Unterschied, den wir als bürgerlich-liberale Landesregierung setzen, zu dem, was Sie bisher auf den Weg gebracht haben.

Es kommt im Wesentlichen darauf an, wie viel Sie dieser kommunalen Familie entzogen hätten, wenn Sie an der Regierung geblieben wären: Das wäre fast 1 Milliarde Euro zur Finanzierung des Stärkungspaktes. Das haben wir beendet bzw. beenden es im weiteren Verlauf bis 2022 mit einem Abschmelzen des Vorwegabzugs.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Frau Ministerin, es gibt noch zwei weitere Wünsche nach Zwischenfragen, wobei man sagen muss, dass eine zulässig ist, die zweite nicht. – Die Ministerin entscheidet, ob überhaupt noch eine Zwischenfrage zugelassen wird.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Ich würde jetzt gerne bis zum Ende vortragen, und dann können Sie ja überlegen, ob Sie noch möchten.

Abschließend – damit komme ich nämlich zum Ende – gestatten Sie mir bitte noch folgenden Hinweis. Wir haben ein Gutachten zur Einwohnerverdichtung in Auftrag gegeben. Das haben wir Ihnen gegenüber zugesagt.

Dieses Gutachten wird möglicherweise Einfluss auf die Gemeindefinanzierung des Jahres 2020 nehmen können. Wir haben über die Änderung in der kommunalen Haushaltsplanung – sofern Sie dem zustimmen – dafür Sorge getragen, dass die Investitionsfähigkeit der Kommunen gestärkt wird, dass Bürokratie abgebaut wird und dass gleichzeitig die Fähigkeit der Kommunen zum Haushaltsausgleich gestärkt wird.

Insofern ist das eine Gemeindefinanzierung, die wir mit diesen Ausblicken, die ich Ihnen gerade gegeben habe, in Summe auf den Weg bringen, die der kommunalen Familie in Nordrhein-Westfalen – kreisangehörigen Städten und Gemeinden ebenso wie kreisfreien Städten – sehr gerecht wird.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Jetzt noch eine Zwischenfrage?

Präsident André Kuper: Ja, wenn der Kollege noch möchte.

Stefan Kämmerling (SPD): Er möchte. – Vielen Dank, Herr Präsident, dass ich meine Frage von eben wiederholen darf, da sie nicht beantwortet wurde. – Frau Ministerin, Sie haben ausgeführt, dass Personen hier im Raum bestimmte Städte immer als reich bezeichnen würden im Sinne Ihres Vortrages.

(Henning Höne [FDP]: Einmal nachgucken, was abundant bedeutet!)

Sie haben gesagt, wir würden sagen, diese seien reich. Würden Sie mir bitte die Quelle nennen, wo Sie das herhaben? Und würden Sie bitte die Personen nennen, die Sie meinen? Sie werfen das ja nicht einfach so in den Raum, ohne dass das Substanz hat. Dafür kennen wir Sie ja; das wird gut recherchiert sein. Würden Sie mir bitte sagen, welche Person im Raum Sie meinen und wann das wo gesagt wurde?

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Kämmerling, wenn ich mich richtig erinnere, ist gerade darauf verwiesen worden, dass es eine Stadt gibt, die sich Geysire an Kreisverkehren baut. Damit wurde kritisiert, was wir im Zusammenhang mit dem Kommunal-Soli tun. Ich glaube, Sie wissen, welcher Abgeordnete das formuliert hat.

(Beifall von der CDU – Stefan Kämmerling [SPD]: Dann würde ich nicht fragen!)

Herr Mostofizadeh hatte dieses Beispiel gebracht.

(Beifall von der CDU – Stefan Kämmerling [SPD]: Okay, dann sind wir raus! Dann ist das auch geklärt!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit haben wir den Schluss der Aussprache zu Teil a), Kommunales und GFG, erreicht.

Ich eröffne jetzt die Aussprache zum zweiten Teilbereich:

b) Heimat, Bauen und Wohnen

Als Erstem erteile ich für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Baran das Wort.

Volkan Baran (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein besonders düsteres Kapitel der Marktentfesselungspolitik dieser Landesregierung befasst sich mit Wohnungsbau und Mieterschutz.

Im vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2019 im Bereich Bauen und Wohnen legen

Sie nichts vor, um dieses niederschmetternde Ergebnis zu entkräften.

Frau Ministerin, zur Regierungsverantwortung gehört auch die soziale Daseinsvorsorge inklusive Wohnungsvorsorge. Jeder in diesem Land muss eine bezahlbare Wohnung finden können – egal ob Großfamilie, Single oder alleinerziehend, ob jung oder alt, krank oder gesund.

Das ist in unserem Land leider nicht überall möglich. Immer mehr Menschen müssen die Hälfte ihres Einkommens für Wohnen aufbringen. Wenn sie das nicht mehr können, müssen sie ihr Zuhause verlassen. Sie machen gutes Wohnen zu einem Luxusgut. Das gilt längst nicht nur für Geringverdiener, sondern mittlerweile auch für die mittlere Einkommensstufe.

Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum ist das dringlichste Problem unseres Landes. Der Wohnraumangel nimmt besonders in Großstädten weiter zu. Die Preisspirale dreht sich immer schneller. In NRW müssten jedes Jahr 100.000 Wohnungen neu gebaut werden, um die Nachfrage zu decken und die Preise zu drücken.

Die Lage ist mancherorts so dramatisch, dass nur noch ein beherztes Eingreifen des Staates helfen kann,

(Beifall von der SPD)

zum Beispiel durch die Begrenzung des Mietpreisanstieges, die Stärkung von Mieterrechten, den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum, die massive Förderung von mietpreisgebundenem Wohnungsbau, die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft.

(Beifall von der SPD)

Aber was tun Sie, sehr geehrte Frau Ministerin? – Sie lassen mehr als 10 Millionen Mieterinnen und Mieter im Stich. Sie machen keine Politik für die Menschen, sondern betreiben eine lupenreine Klientelpolitik für Miethäie und Baulöwen.

Diese marktradikale Koalition der Deregulierung senkt die Standards für Barrierefreiheit in neuen Wohnungen. Das zeugt von einer Geringschätzung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung. Insgesamt fehlt es Ihnen in der Wohnungspolitik an sozialer Verantwortung.

Ich möchte das noch einmal deutlich machen. Wie Sie im Kollisionsvertrag geschrieben haben, kommt der eigentliche Großangriff auf den Mieterschutz mit der Abschaffung der Kappungsgrenzenverordnung. Die Verordnung tritt Ende Mai 2019 außer Kraft.

Sie regelte die Begrenzung des Anstiegs von Bestandsmieten in angespannten Wohnungsmärkten. Danach darf die Miete in drei Jahren nicht mehr als um 15 % steigen. Das gilt bis in die Höhe der ortsüb-

lichen Vergleichsmiete. Diese Regelung schützt Mieterinnen und Mieter vor unbezahlbarem Wohnraum und davor, ihr angestammtes Wohnheim verlassen zu müssen.

Das Zweite ist die Mietpreisbegrenzungsverordnung. Diese Verordnung diente der Begrenzung des Preisanstiegs bei Wiedervermietung – ebenfalls in angespannten Wohnungsmärkten. Die Regelung läuft zum 30. Juni 2020 aus. Damit könnten Mieten bei Neuvermietungen explodieren. Damit haben Sie auch die bundesrechtliche Mietpreisbremse ausgehebelt.

Zum Dritten die Kündigungssperrfristverordnung: Auch dieses bewährte Instrument des Mieterschutzes wollen Sie einkassieren. Der Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter im Falle einer Eigenbedarfskündigung wird auf drei Jahre verkürzt. Für Menschen, die in angespannten Wohnungsmärkten leben, ist diese Frist einfach zu kurz. Diese Regelung läuft im Dezember 2021 aus.

Zum Vierten die Zweckentfremdungsverordnung: Dieses Verbot wurde von uns ins Wohnungsaufsichtsgesetz übernommen. Es ermöglicht, in angespannten Wohnungsmärkten die Zweckentfremdung von Wohnraum zu untersagen.

Früher ging es vornehmlich um die Umwandlung in gewerbliche Räume. Heute geht es mehr um die gewerbliche Vermietung von Ferienwohnungen, wie bei Airbnb. Damit wird den Menschen eigentlich vorhandener Wohnraum entzogen. Das ist nicht hinzunehmen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Auch hier hilft vielleicht ein Blick in die Realität unserer Städte. Die Umwandlungsverordnung wird im März 2020 auslaufen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben mit den regierungstragenden Fraktionen immer behauptet, dass es dieser Regelung nicht bedürfe, weil Sie neuen Wohnraum schaffen wollen. Bei einem Bedarf von 100.000 Wohnungen, die jährlich in NRW neu errichtet werden müssten, ist das nicht zu schaffen. Das möchte ich hier noch mal verdeutlichen.

Aber es gibt natürlich auch gute Beispiele, die ich erwähnen möchte: Es war richtig, die Tilgungsnachlässe, die wir bei der Wohnungsförderung eingeführt haben, fortzuentwickeln und auf Modernisierungskredite auszuweiten.

Es wäre aber auch gut, sehr geehrte Frau Ministerin, die Höhenbeschränkung beim Geschosswohnungsbau, was die Förderrichtlinie für soziale Wohnungsförderung angeht, schnellstens aufzuheben.

Es wäre auch angebracht, Ihre grundfalsche Entscheidung, die Mietpreisstufen einzuführen, rückgängig zu machen, damit Städte wie Gelsenkirchen,

Herne oder Herten wieder in verstärktem Maße sozialen Wohnungsbau anbieten können, weil er für die Investoren rentabel wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Kurzum: Leider muss ich sagen, dass es in diesem Land noch nie eine so mieterfeindliche Landesregierung gegeben hat. Diese Politik werden wir nicht unterstützen. Wir werden den Einzelplan ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU spricht unser Abgeordneter Herr Schrumpf.

Fabian Schrumpf (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Volker Baran, erst mal Glückwunsch zur ersten Haushaltsrede in der neuen Funktion!

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es freut mich, dass wir noch viele sachliche Debatten im Ausschuss zur Wohnungspolitik des Landes führen. Heute führen wir aber eine Debatte zum Haushalt. Da hätte ich mir doch gewünscht, wenn das in Ihrer Rede auch vorgekommen wäre.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie nicht zugehört?)

Aber sei's drum. Beim nächsten Mal haben wir da Ausbaubedarf.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Heimat und Wohnen“, ja sogar „Heimat, Bauen und Wohnen“ sind untrennbar miteinander verbunden. Denn Bauen schafft Heimat. Nordrhein-Westfalen bietet uns allen eine lebens- und lebenswerte Heimat.

Um das Leben in unserem Land auch in Zukunft lebenswert zu gestalten, Traditionen zu wahren, Brauchtümer zu pflegen und unser regionales Erbe zu stärken, haben wir als NRW-Koalition bereits mit dem Haushalt 2018 erste wichtige Akzente gesetzt.

Mit dem Haushaltsentwurf 2019 – konkret mit dem Einzelplan 08, über den wir sprechen – gehen wir diesen Weg konsequent weiter. So steigen unter anderem die Mittel im Kapitel „Heimat“ gegenüber dem Vorjahr um fast 18 Millionen Euro.

Lassen Sie mich dabei bitte einen Punkt besonders herausgreifen: der Heimat-Scheck. Der Heimat-Scheck als eines der fünf Elemente der Heimatförderung von Vereinen und Initiativen in unserem Land, wird landauf, landab hervorragend angenommen.

Diese unbürokratische Förderung bietet nämlich einen echten Mehrwert. Einen Mehrwert, einen Ort, ein

Stück unmittelbarer Heimat schaffen, an den wir uns zurückziehen, uns sicher und wohlfühlen können – das verstehen viele unter Wohnen.

Wohnraum muss aber nicht nur in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen,

(Zuruf von der SPD: Da war jetzt ein Sprung drin! Haben Sie eine Seite vergessen?)

er darf auch nicht so teuer sein – da sind wir uns alle einig –, dass er für viele Menschen gerade in einigen großen Städten unerreichbar bleibt.

Genau deshalb setzt die NRW-Koalition sich weiter dafür ein, durch Entbürokratisierung, durch schnelleres und kostengünstigeres Bauen auf eine Entspannung der Wohnungsmärkte in NRW hinzuwirken.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir bekämpfen nicht nur die Symptome, sondern wir gehen stark die Ursachen an. So wird die neue Landesbauordnung als erster wichtiger Schritt dorthin in einem Monat in Kraft treten.

Unser mehrjähriges Wohnraumförderprogramm für die Jahre 2018 bis 2022 mit einer Anhebung des Fördervolumens von jährlich 800 Millionen Euro auf 1,1 Milliarden Euro ist ein weiterer wichtiger Baustein.

Um die Digitalisierung in der Baubranche voranzutreiben und damit dem Wohnungsmangel durch schnellere Verfahren der Baugenehmigung entgegenzusteuern, ist das Building Information Modeling, kurz: BIM, ein wichtiges Instrument, wofür im Haushalt Mittel zur Einrichtung eines Kompetenzzentrums ebenso vorgesehen sind wie für die Entwicklung einheitlicher Standards.

Eine große, wenn nicht die größte Herausforderung bleibt aber die Knappheit an Bauland. Mit zusätzlichen Mitteln im Bereich des Flächen- und Liegenschaftsmanagements und der damit angestrebten Nutzung nicht mehr benötigter Liegenschaften tragen wir zur Mobilisierung von Bauland bei.

Flankiert wird dies durch die Landesinitiative „Bauland an der Schiene“. Damit stellen wir die Weichen in Richtung einer gezielten Entwicklung von Bauland entlang von Bahntrassen bzw. im Einzugsbereich von Haltepunkten zu den gefragten Städten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Klar ist jedoch auch: Wir müssen nicht nur die Entwicklung von Bauland im Blick haben, sondern auch die Entwicklung ganzer Dörfer und Städte. Mit dem konsequenten Einsatz der Mittel der Stadtentwicklung steigern wir die Lebensqualität in der Stadt ebenso wie auf dem Land.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Städte und Gemeinden unseres Landes sind bedeutende Standorte des kulturellen und industriekulturellen Erbes. Historische Denkmäler prägen ihr Stadtbild. Die Denkmäler sind für die Menschen vor Ort identitätsstiftend und schaffen Heimatverbundenheit. Wir schreiben daher die Erhöhung der Mittel für die Denkmalpflege fort und stellen die Denkmalförderung somit wieder auf ein solides und gesichertes Fundament in unserem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus werden Mittel zur Restaurierung und Instandsetzung für besonders große Einzelmaßnahmen bereitgestellt. Als Abgeordneten aus Essen freut es mich natürlich besonders, dass weitere erhebliche Mittel in die bauliche Grundsicherung von fünf bedeutsamen Standorten der Route der Industriekultur im Ruhrgebiet fließen.

Unser Dreiklang aus Heimat, Bauen und Wohnen wird im Einzelplan mehr als deutlich. Er schafft somit gute Voraussetzungen, um künftige Herausforderungen zukunftsorientiert zu bewältigen und das zu fördern, was Menschen verbindet – unsere gemeinsame Heimat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin! Im Bereich Bauen und Wohnen kann man aktuell nicht genug tun. Es gibt natürlich haushälterische Grenzen.

Wir begrüßen durchaus, dass Sie viele Programme weiterführen, die Rot-Grün angelegt hat, und auch noch etwas drauflegen. Im Bereich der Wohnraumförderung beispielsweise ist die Trendwende während der rot-grünen Regierungszeit erfolgt – der ganze Ausbau der Wohnraumförderung, auch die Tilgungsnachlässe etc. sowie das Bündnis für Wohnen, das gegründet worden ist und das Sie unter einem anderen Namen weiterführen.

All das ist dringend notwendig, weil wir im Land eine akute Wohnungsnot haben, insbesondere in den urbanen Zentren, aber auch in einer ganzen Reihe von Mittelzentren. Deswegen ist es gut, dass das Land weiterhin reichlich Geld in die Hand nimmt, um das umzusetzen, was hier dringend notwendig ist.

Wir Grüne haben immer ein bisschen Probleme, wenn es um einen deutlichen Ausbau der Eigenheimförderung geht. Das will ich an dieser Stelle ansprechen.

Das Programm, das Sie vorgelegt haben, finde ich allerdings durchaus durchdacht. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse, die man auf der Strecke sehen wird. Die Nachfrage soll entsprechend vorhanden sein. Deswegen muss man es nicht per se kritisieren.

Trotzdem habe ich ein Problem mit Ihrer Schwerpunktsetzung. Weiterer Ausbau und Stärkung der sozialen Wohnraumförderung, Stärkung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, Stärkung kommunaler Wohnungsbauunternehmen und insbesondere auch Quartiersförderung sind Bereiche, die uns sehr am Herzen liegen. Bei der Abwägung entscheiden Sie sich dafür, bei der Eigenheimförderung draufzusatteln. Da würden wir zu einem anderen politischen Schluss kommen. Das muss man an dieser Stelle ganz klar sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei der Heimatförderung werden wir intensiv verfolgen, ob die Projekte entsprechend greifen, für die das Geld eingesetzt worden ist oder im nächsten Jahr eingesetzt werden wird. Da nehmen Sie ja noch einmal deutlich mehr Geld in die Hand.

Die Aussagen des Kollegen Schrupf zum Thema „Denkmalförderung“ kann ich durchaus unterstützen und unterstreichen. Dies war uns auch schon in unserer Regierungszeit ein Anliegen, auch wenn wir uns damals an dieser Stelle nicht durchgesetzt haben. Das finden wir politisch durchaus richtig.

Bei der Heimatförderung haben wir aber ein paar Fragezeichen – nicht grundsätzlich, aber bei einigen Projekten. Das werden wir also intensiv verfolgen – auch die Evaluation. Ob das Geld – Sie nehmen hier massiv Geld in die Hand, jetzt auch noch einmal zusätzliches Geld – richtig ausgegeben worden ist oder nicht, kann man sicher erst im nächsten oder übernächsten Jahr richtig bilanzieren. Dazu werden wir uns dann noch entsprechend zu Wort melden.

Nun komme ich zu dem, was der Kollege Baran eben gesagt hat. Natürlich sind wir hier in der Haushaltsdebatte. In den Jahren 2019/2020 wird aber auch eine Überprüfung und mögliche Fortschreibung von Instrumenten anstehen, die wir mit auf den Weg gebracht haben, weil der Wohnungsmarkt nicht in allen Bereichen so ist, wie man das sich wünscht. Auch wenn viele Vermieter es sehr gut und sehr korrekt machen, tut das eben nicht jeder. Bei Schrottimmobilien und anderen Fragen waren daher weitere Steuerungselemente notwendig.

Wir sind gespannt darauf – hier werden wir auch den Finger in die Wunde legen –, ob Sie in den Bereichen, in denen es notwendig ist, Regelungen bestehen lassen oder ob Sie das umsetzen, was im Koalitionsvertrag steht. Von Verbänden wie Haus & Grund gibt es entsprechenden Druck, das alles abzuschaffen und zu streichen.

Ich glaube, Sie wären gut beraten, Frau Ministerin, wenn Sie sich alle Instrumente und Regularien noch einmal genau anschauen und nicht per se Sachen streichen würden, weil das irgendwann einmal festgelegt worden ist und weil es Wahlversprechen waren. Meines Erachtens gibt es in diesem Land durchaus Instrumente, beispielsweise die Kappungsgrenzenverordnung und die Regelungen zum Umgang mit Schrottimmobilien, die gut sind, weil das Land oder die Kommunen damit mehr Eingriffsmöglichkeiten haben, als das früher der Fall gewesen ist. Das hat die Enquetekommission Wohnen damals ergeben, und zwar parteiübergreifend.

Ich möchte Sie bitten, da noch einmal genau hinzuschauen, das zu überprüfen und nicht per se Dinge außer Kraft zu setzen, die in Nordrhein-Westfalen eine ganz gute Wirkung haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat nun der Abgeordnete Paul das Wort.

(Zuruf von der SPD: Die Kanzlerin hat auch so eine Ledermappe!)

Stephen Paul (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin! Zur Wahrheit gehört – das haben die Kollegen schon angesprochen –: Viele Menschen leben gut und gerne in Nordrhein-Westfalen – so, wie sie es sich für ihre Lebensführung vorstellen, so, wie sie es brauchen.

Es gibt aber auch viele verzweifelte Wohnungssuchende, lieber Volkan Baran, noch zu wenig Wohneigentum in Nordrhein-Westfalen sowie eine Bau- und Wohnungswirtschaft und Kommunen, die viel zu lange unter allzu strenger politischer Reglementierung gelitten haben.

Herr Kollege Baran, das ist eine wunderbare Situationsbeschreibung. Nur: Das ist Ihre Bilanz. Sie haben mit Ihrer Fraktion jahrelang regiert. Nun gibt es seit der Landtagswahl mit der NRW-Koalition eine neue Mehrheit, die fest entschlossen ist, das Bauen zu erleichtern,

(Jochen Ott [SPD]: Die Zahl der Baugenehmigungen sinkt!)

die Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und mitzuhelfen, das Angebot an verfügbarem preisgünstigem Wohnraum zu erhöhen.

Der Einzelplan 08, über den wir gerade beraten, stellt hierfür insgesamt 1,27 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind über 30 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Heimat heißt: Ich habe ein Zuhause. Heimat heißt, sich wohlfühlen. Heimat heißt, sich mit der Umgebung zu identifizieren. Heimat motiviert zu ehrenamtlichem Engagement. Heimat bringt Menschen in Nordrhein-Westfalen zusammen.

(Jochen Ott [SPD]: Das gilt aber überall!)

Hier geht es um unsere Städte und Gemeinden. Wenn unsere Kommunen funktionieren, gewinnen übrigens auch wieder mehr Menschen Vertrauen in unser öffentliches Gemeinwesen.

Daher fließen die Mittel der Heimatförderung nicht etwa in Landesprojekte, sondern werden vor Ort in der Kommune zur Verfügung gestellt. Die ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürger, die Heimatgestalter, wissen selbst am besten, welche Projekte vor Ort geeignet sind, Zusammenhalt und Identität zu pflegen. Wir stärken ihr ehrenamtliches Engagement allein in 2019 mit 150 Millionen Euro.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Davon kann man ja fast eine Kanzlei ausbauen!)

Mit beispielsweise dem Heimat-Scheck oder dem Heimat-Fonds sichern wir die passende Unterstützung für jedes Projekt.

Zur Stärkung von Heimat gehört auch der Erhalt unseres baukulturellen Erbes. Das gewährleisten wir durch die Erhöhung der Mittel – oft auch in Form direkter Zuschüsse – für den Denkmalschutz auf fast 29 Millionen Euro. Heimat ist für uns überall dort, wo Menschen sich in Nordrhein-Westfalen zu Hause fühlen.

Die Stadtentwicklung, vor allem die unmittelbare Städtebauförderung, ist hierbei unser wichtigstes Instrument. Dafür stellen wir im kommenden Jahr stattliche 355 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Dialog mit unseren Kommunen in Nordrhein-Westfalen, der Wohnungswirtschaft und dem Baugewerbe haben wir durch das von uns modernisierte Bauordnungsrecht einen ganz großen Schritt getan, um das Bauen in Nordrhein-Westfalen zu vereinfachen.

Die öffentliche Wohnraumförderung setzen wir auf hohem Niveau fort. Unser Land gibt mehr Fördermittel als alle anderen Bundesländer zusammen und mehr Fördermittel als der Bund für ganz Deutschland – verlässlich bis 2022; das sind jedes Jahr 1,1 Milliarden Euro – für den Mietwohnungsbau, für die Modernisierung des Gebäudebestandes in Nordrhein-Westfalen,

(Jochen Ott [SPD]: Und mit welchen Bundesmitteln wird das gemacht?)

für das studentische Wohnen und für die Quartiersentwicklung.

Erfolgreich ist auch unsere attraktive neue Eigentumsförderung. Preisgünstiges Wohneigentum hilft nicht nur den künftigen Eigentümern – oft sind das junge Familien –, sondern natürlich auch allen Mieterinnen und Mietern. Denn jedes Mal, wenn eine junge Familie in ihr neues Eigenheim zieht, wird gleichzeitig Wohnraum für neue Mieter frei.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Ihr glaubt das wirklich! Ihr glaubt das wirklich! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP]: Natürlich! Das ist ja ein physischer Vorgang!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushalt bauen wir – das sage ich ganz bewusst – unsere kommunalorientierte Heimat-, Bau- und Wohnungspolitik aus. Wir verstetigen unsere neue Strategie für die Menschen und für die gemeinsame Heimat in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Schmelzter [SPD]: Er fängt schon selber an zu grinsen! – Jochen Ott [SPD]: Da muss er selber lachen! Also doch Planwirtschaft! Sollen die doch planen, woanders zu wohnen und nicht da, wo sie wollen!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD hat nun der Abgeordnete Beckamp das Wort.

Roger Beckamp (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heimat ist alles. Alles ist Heimat. Das ist auch schon das Problem. Denn der etwas unbegrenzte und offene Begriff unserer Ministerin lädt dazu ein, alles, wirklich alles Heimat sein zu lassen, was Menschen als Heimat haben möchten.

Die Frage dabei ist aber: Um wessen Heimat geht es denn? Geht es um Heimat für die vielen Menschen in unserem Land, deren Stadt, deren Land schon verloren gegangen ist und weiter verloren geht? Geht es um den Verlust der lieb gewonnenen Eckkneipe – das könnte ich gut verstehen – und dafür den Zueinn einer neuen Heimat namens Shisha-Bar? Geht es um den Verlust des Bäckers oder Metzgers im Dorf und dafür den Gewinn eines Halal-Ladens?

All das ist Heimat. Das sind die neuen Heimaten. Und Sie laden dazu ein. Das ist die Bereicherung, die Sie meinen. Gleichzeitig ist es die Verdrängung von vertrauter Heimat. Frau Ministerin, wenn Sie selbst sagen, auch ein Moscheeverein sei unter dem Begriff „Heimat“ förderungsfähig, schaffen Sie neue Heimat, verdrängen aber alte Heimat.

All das ist scheinbar Programm Ihres neuen Heimatministeriums. Daran stören Sie sich nicht. Sie treiben es sogar voran. Jedenfalls haben Sie diesen Eindruck erweckt. Noch ist ja nicht viel passiert. Aber un-

sere Sorge ist groß, dass das letztendlich darauf hinausläuft, wieder nur ein großes Etikett für Integration zu sein – für wen, für was, mit wem und wie lange auch immer; das ist völlig unklar. Wir wollen es einmal abwarten. Jedenfalls haben Sie einigen Anlass geboten, nicht das Gute zu erwarten.

Zum Thema „Bauen“ kann ich gar nicht viel sagen, weil es in diesem Bereich, ehrlich gesagt, ziemlich gut läuft. Die neue Landesbauordnung haben wir auch unterstützt. Alles gut! Um das Bauland und die Flächenmobilisierung wird sich sehr umtriebig gekümmert. Allerdings gibt es zwei Punkte, an denen wir uns etwas reiben könnten.

Beim Wohngeld planen Sie mit weniger Mitteln, da die Regelsatzerhöhungen erst 2020 anstehen. Im Fall von Einkommenssteigerungen führt das bei den Beziehern allerdings zum Verlust von Ansprüchen. Hier wird am Bürger gespart. Das halten wir für falsch.

Bei der sozialen Wohnraumförderung wird viel Geld in die Hand genommen. Das ist richtig. An den Mitteln wird es aber wohl gar nicht scheitern, sondern eher daran, wie diese Mittel in den Boden gebracht werden. Damit sind wir wieder beim Thema „Bauland“, den hohen Erstellungskosten und den Auflagen.

Insofern ist es ein – ganz kleiner – Wermutstropfen, dass Sie im Bereich der innovativen Lösungen – es gibt einen entsprechenden Haushaltstitel „Förderung innovative Wohnprojekte“ – nur 100.000 Euro ausgeben. Es wäre interessant gewesen, hier mehr Geld zu investieren, um das viele Geld, das vorhanden ist, auch wirklich umzusetzen und damit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. – Das war es schon. Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Abgeordneter Baran, die Welt ist natürlich nur so groß wie das Fenster, das man ihr öffnet. Sie haben es in Ihrer Rede offensichtlich gar nicht aufgekreigt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Anders kann ich das, was Sie hier wiedergegeben haben, nicht kommentieren.

(Jochen Ott [SPD]: Sind Sie eigentlich Ministerin oder Oberlehrerin?)

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen stellt pro Jahr mit der und über die NRW.BANK 1,1 Milliarden Euro für die öffentliche Wohnraumförderung zur Verfügung, und zwar garantiert bis 2022, also insgesamt 5,5 Milliarden Euro. Das ist mehr Geld, als der Bund bereit ist, für 16 Länder zu geben. Ich sage das ganz ausdrücklich. Das mögen Sie wertschätzen. Aber Sie tun es ja nicht, weil Sie sich das gar nicht ansehen.

Wir haben in der Tat aufgeräumt. Deswegen weise ich auch die Anschuldigung zurück, wir würden uns nicht um die Mieterinnen und Mieter kümmern. Das ist wirklich heftig; das muss ich schon sagen. Denn das Credo dieser neuen Landesregierung war vom ersten Tag im Jahr 2017 an: Wir wollen mehr Wohnraum für alle. Denn nur ein Mehr an Wohnraum trägt dazu bei, dass Mieten und Eigentumspreise sich nachhaltig stabilisieren.

(Jochen Ott [SPD]: Aber die Zahlen gehen zurück!)

Und da sagen Sie, wir würden uns nicht um Wohnraum kümmern! Das ist wirklich der größte Witz der Geschichte.

(Jochen Ott [SPD]: Die Zahlen gehen zurück!)

– Die Zahlen gehen zurück, Herr Abgeordneter Ott? 30.09.2018: 41.200 Baugenehmigungen. Das sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum plus 2.500.

(Jochen Ott [SPD]: Weil Sie im letzten Jahr schon ein Desaster verursacht haben!)

Plus 14 % bei Baugenehmigungen für Häuser mit drei oder mehr Wohnungen! Wo gehen die Zahlen denn zurück? Die Zahlen der Baugenehmigungen steigen, Herr Ott.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Herr Ott weiß es ja immer besser.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Vivawest – damit kommen Sie ja gut klar – hat angekündigt, 6.300 Wohnungen bis 2023 neu bauen zu wollen. In Münster werden mindestens 3.000 Wohnungen auf den Kasernenflächen entstehen, die von der BImA erworben wurden. In Duisburg werden bis zu 3.000 Wohneinheiten für bis zu 8.000 Menschen geschaffen. Im gesamten Land entsteht neuer Wohnraum.

Ich glaube, dass man das im Hinblick auf 17 Monate im Amt durchaus positiv bewerten kann. Sie werden das natürlich nie zugestehen; das ist mir klar.

Es ist viel freigesetzt und möglich gemacht worden. Wir sind in viele Dialogprozesse eingestiegen, die es vorher in Nordrhein-Westfalen gar nicht gegeben hat, und zwar noch nicht einmal beim Thema „Studierendenwohnen“. Zwar wurde in der Vergangenheit viel über Studierendenwohnen geredet. Aber man hat

nicht ein einziges Mal alle Akteure an einen Tisch gebracht, um zu klären, wo es welche Grundstücke gibt und warum bei welchen Studierendenwerken möglicherweise welche Umsetzungshemmnisse bestehen.

Es scheint ein völlig neuer Ansatz zu sein, im Jahre 2018 Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. Genau dies ist der Ausdruck einer bürgerlich-liberalen Politik, die handelt. Das ist der Unterschied zur Vorgängerregierung, die an vielen Stellen sehr viel geredet hat.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD:
Noch eine La-Ola-Welle!)

Herr Baran, Sie haben gefordert, die Beschränkung der Wohnraumförderung bei vier- oder fünfgeschossigen Häusern aufzuheben. Fragen Sie bitte einmal meinen Amtsvorgänger, Ihren Parteikollegen Groschek, warum dort eine Beschränkung besteht. Er wird Ihnen das zutreffend begründen.

Zum einen erfolgt immer eine partielle Prüfung. Wenn man höher bauen will, machen wir das – das hat auch mein Amtsvorgänger getan – auch möglich. Zum anderen gilt: Je höher Sie ein Haus bauen, desto teurer werden auch die Betriebskosten. Deswegen ist eine Beschränkung auf vier oder fünf Geschosse in der öffentlichen Wohnraumförderung schlicht und ergreifend sinnvoll. Das war es immer. Sie haben das immer durchgetragen.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist Quatsch! Das ist inhaltlicher Blödsinn! Das ist doch unglaublich!)

– Herr Ott, wir werden uns ja in absehbarer Zeit wiedersehen. Ich bin gespannt, was Sie mir dann sagen.

(Jochen Ott [SPD]: Das gilt für Häuser ab der siebten Etage!)

– Ja, genau. – Fragen Sie einfach einmal Herrn Groschek.

(Unruhe – Glocke)

– Vielen Dank, Herr Präsident. – Insofern haben wir es endlich möglich gemacht, dass am 1. Januar 2019 eine neue Landesbauordnung in Kraft treten wird. Sie stellt das rechtliche Instrumentarium für mehr Wohnungsbau in allen Segmenten dar. Wir haben endlich auch das Prinzip „Innen- vor Außenverdichtung“ vorangebracht. Wir stärken das Thema „Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen“ – Stichwort: „Bauen mit Holz“. Das haben Sie gar nicht hinbekommen. Wir haben den Finanzrahmen sehr deutlich erhöht und Vergleichbares getan.

Im kommenden Jahr werden wir auch noch die eine oder andere Initiative zusätzlich ausweiten, um der Notwendigkeit, mehr Wohnraum zu schaffen, um Mieten nachhaltig zu stabilisieren, Rechnung zu tragen.

Gleichzeitig sind wir als nordrhein-westfälische Landesregierung auf der Bundesebene unterwegs, um auch mit unserem Einfluss im Bund deutlich zu machen, welche Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Baulandmobilisierung bundesseitig bestehen.

Wir stehen in Diskussionen über Veränderungen im Mietrecht. Auch dort kennen Sie meine Position, beispielsweise hinsichtlich der Modernisierungsumlagen, die CDU/CSU und SPD jetzt auf den Weg bringen.

Mit diesem Haushalt legen wir weitere Grundsteine für ein Mehr an Wohnungsbau, für eine Stärkung von Heimat, Identität und Identifikation mit den Regionen in Nordrhein-Westfalen und für eine Stärkung und Akzeptanz des Ehrenamtes in diesem so wichtigen Feld, das Menschen miteinander verbindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben es immer noch nicht verstanden: Wir fördern das, was Menschen verbindet, und nicht das, was trennt. Das unterscheidet uns auf ewig von Ihnen. Das ist der wesentliche Unterschied. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit schließe ich die Aussprache zu Teil b), Heimat, Bauen und Wohnen.

Ich rufe auf:

c) Gleichstellung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion der Abgeordneten Frau Butschkau das Wort.

Anja Butschkau (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsplan für den Bereich Gleichstellung ist auch in diesem Jahr wieder eine Dokumentation des politischen Stillstands.

(Ministerin Ina Scharrenbach: Frau Butschkau!)

So viel Ideenlosigkeit hätte selbst ich der Landesregierung nicht zugetraut.

Ein Gutes hat der Haushalt aber doch: Bewährtes aus rot-grüner Zeit wird fortgesetzt – so schlecht kann die von Ihnen häufig kritisierte Regierungszeit zwischen 2010 und 2017 also doch nicht gewesen sein –, sei es bei den Frauenberatungsstellen, den Frauenhäusern, der anonymen Spurensicherung oder den Kompetenzzentren für Frau und Beruf. Das sind Projekte, für die wir uns in der Vergangenheit erfolgreich eingesetzt haben – oft gegen den Widerstand der heutigen Regierungsfractionen.

(Beifall von der SPD)

Auch in Zukunft werden diese Einrichtungen, in denen ganz hervorragende Arbeit geleistet wird, mit unserer Unterstützung rechnen können.

Der Landesregierung muss man jedoch sehr wohl vorwerfen, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkennt. Frauenrechte und Gleichstellung stehen in Teilen unserer Gesellschaft wieder zur Disposition. Ich habe das Gefühl, dass wir einmal wesentlich weiter waren und das Bewusstsein für Fragen der Gleichstellung größer war.

Auf diese gefährliche Entwicklung hat die Landesregierung keine Antwort. Das ist schlecht. Frau Ministerin, Sie haben keine Vision, in welche Richtung die Gleichstellungspolitik in unserem Land gehen soll, und keine Ideen, wie man Frauen in unserem Land stärken und sensibilisieren muss.

Schauen wir uns den Bereich Arbeit an. Da könnte das Land als Arbeitgeber mit bestem Beispiel vorangehen. Mehr Frauen in Führungspositionen – dieses Ziel haben Sie selbst in Ihrem Koalitionsvertrag festgehalten.

Was Sie sagen und was Sie tun, sind dann aber zwei ganz unterschiedliche Welten. Ein Jahr haben Sie nun gebraucht, Frau Ministerin, um dem Gleichstellungsausschuss mitzuteilen, dass die Beurteilungskriterien der Ministerien – hier zitiere ich mit Erlaubnis des Präsidenten wörtlich –:

„im Hinblick auf die Beurteilung von Frauen und Teilzeitbeschäftigten diskriminierungsfrei sind und Frauen wie Männern die gleichen Chancen auf eine differenzierte und abgestufte Bewertung ihrer dienstlichen Tätigkeiten und Arbeitsergebnisse einräumen.“

Ja, bravo! – Dann erklären Sie uns doch bitte einmal, warum denn Frauen in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert sind. Wollen Sie uns jetzt sagen, dass die Frauen selbst schuld daran sind? Wahrscheinlich werden Sie nun noch ein Jahr brauchen, um uns mitzuteilen, warum das so ist.

Ich glaube aber nicht daran, dass sich unter Ihrer Regierungsverantwortung an dieser Situation wirklich etwas ändert. Daran haben Sie überhaupt kein Interesse. Geben Sie zur Abwechslung doch einfach einmal offen zu, dass wir in dieser Legislaturperiode nicht mit einer Initiative, die zu mehr Frauen in Führungspositionen führt, von Ihnen rechnen können.

Ideen- und Visionslosigkeit sind das eine. Die halberzige Bearbeitung von Problemen ist das andere. Das sehen wir jetzt seit eineinhalb Jahren bei den Frauenhäusern. Da wird immer wieder mal nachgebessert. Mal werden die Pauschalen angepasst, um die Kostensteigerungen zu decken. Dann werden ein paar neue Plätze geschaffen, um die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Nicht, dass ich jetzt falsch verstanden werde: Ich freue mich über jeden Platz, der in den Frauenhäusern neu eingerichtet wird. Aber eines ist doch klar: An der chronischen Überbelegung werden die rund 50 zusätzlichen Plätze und die weiteren Maßnahmen, die Sie in der Zielvereinbarung mit den Trägern festgelegt haben, nur ganz wenig ändern. Oder glauben Sie wirklich, damit das Kapazitätsproblem in den Griff zu bekommen? Unterschätzen Sie die Lage immer noch, Frau Ministerin?

Packen Sie das Thema richtig an, und schaffen Sie genügend Plätze, damit die Frauenhäuser verzweifelte Frauen und ihre Kinder nicht mehr nach Hause schicken müssen.

Schaffen Sie bitte auch eine Lösung, die alle von Gewalt betroffenen Frauen erreicht. Die Streichung des Förderprogramms „Beratung und Unterstützung von Gewalt betroffenen traumatisierten Flüchtlingsfrauen“ ist zum Beispiel ein falscher Schritt, der negative Folgen haben wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in welche Richtung soll sich unsere Gesellschaft entwickeln? Die SPD kann diese Frage seit jeher klar beantworten: in Richtung einer freien, in Richtung einer solidarischen und in Richtung einer gerechten Gesellschaft,

(Beifall von der SPD)

einer Gesellschaft, in der wir Menschen aus einer Notlage heraushelfen und in der jede/jeder die gleichen Chancen erhält, etwas aus ihrem/seinem Leben zu machen. Daher ist eine aktive Gleichstellungspolitik für uns eine Verpflichtung.

Gerne würden wir das auch von der Mitte-rechts-Koalition sagen können. Das können wir aber nicht. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Einzelplan 08, Gleichstellung, ab. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU spricht die Abgeordnete Troles.

Heike Troles (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsentwurf trägt eindeutig die Handschrift der NRW-Koalition. Er ist voller Ideen und auch voller Visionen.

Die Landesregierung setzt im Einzelplan 08, Gleichstellung, handfeste Schwerpunkte: erstens Schutz der Frauen und Männer effektiv gestalten, zweitens Erleichterung der Strafverfolgung durch anonyme Spurensicherung, drittens Gleichstellung vorantreiben, sowohl gesellschaftlich als auch beruflich.

Die bereits 2018 gesetzten Schwerpunkte finden im Haushaltsentwurf 2019 selbstverständlich ihre Fortsetzung. So ist der Gewaltschutz zu Recht ein zentraler Faktor und wichtiger Schwerpunkt des Einzelplans 08, Gleichstellung. Denn die kürzlich erschienene Gewaltstatistik zeigt uns, dass die Realität erschreckend ist. Immer noch sind bei Gewaltverbrechen die meisten Opfer Frauen. In der morgigen Aktuellen Stunde werden wir uns ausführlich mit diesem Thema beschäftigen und auseinandersetzen. Deshalb will ich es für heute bei dieser Aussage dazu belassen.

Wir begrüßen daher die von Ministerin Scharrenbach initiierte Vereinbarung zur Zukunftssicherung der Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich. Vielen Dank dafür!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Uns ist der Schutz für von Gewalt betroffenen Frauen wichtig. Daher ist es wegweisend, eine solide Finanzierung der Schutzeinrichtungen für Frauen weiterhin zu gewährleisten und auszubauen. 62 Frauenhäuser, 58 allgemeine Frauenberatungsstellen, 51 Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt, 8 spezialisierte Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel und 2 Beratungsstellen zu Zwangsheirat können ihre wichtige und dringend gebrauchte Arbeit fortsetzen, weil sie eine solide finanzielle Unterstützung erhalten.

Rund 24 Millionen Euro sieht der Haushaltsentwurf im Bereich „Schutz und Hilfe bei Gewalt gegen Frauen und Männer“ vor. Dies sind noch einmal 400.000 Euro mehr als im Jahr 2018. Die damit verbundene Erhöhung der Jahrespauschale und die Festlegung der Förderperiode bis 2022 sind Anreize zur Schaffung von mehr Plätzen in Frauenhäusern und zur Finanzierung der damit verbundenen Mehrarbeit. Jeder zusätzliche Frauenhausplatz ist ein Gewinn für Frauen und Kinder, die die Hilfe und den Schutz der Einrichtungen in akuten Notsituationen in Anspruch nehmen müssen.

Bei aller Freude über diese Lösung ist eines jedoch vollkommen klar: Gewalt, egal in welcher Form sie sich zeigt, ist inakzeptabel und zu verurteilen. Die finanzielle Ausweitung und Optimierung der anonymen Spurensicherung ist daher wichtig und richtig.

Mit dem Haushalt 2019 stellen wir die finanziellen Mittel zur Verfügung, um die anonyme Spurensicherung auszubauen. Erstmals gibt es 100.000 Euro für die Anschaffung von polizeilich genutzten Spurensicherungssets. Ebenso ist die Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Männer, die seit dem Sommer ihre Arbeit aufgenommen hat, ein beispielhaftes Zeichen für die Stärkung des Opferschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, eine zentrale Landesstelle, die landesweit den wichtigen Erfahrungsaustausch bündelt und für Informationsaustausch sorgt, ist überzeugend – auch, weil sie gleichzeitig Bindeglied der Interventionsstellen ist, die als Erste Opferchutz bei häuslicher Gewalt bieten. Diese Landesmittel führen zu einer enormen Steigerung der Effektivität der Opferschutzarbeit.

Sie alle werden mir zustimmen: Eine der grausamsten Formen von Gewalt ist der Menschenhandel. Hier braucht es keine zusätzliche Erklärung, warum wir handeln müssen. Es ist unsere moralische Pflicht, entschlossen und konsequent hiergegen vorzugehen. Eine Erhöhung der Mittel um 400.000 Euro im Kampf gegen den Menschenhandel ist daher wegweisend.

Ein weiterer Schwerpunkt des Einsatzes unserer Haushaltsgelder ist die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Der Ansatz in Höhe von mehr als 5,2 Millionen Euro findet eine gute Verwendung, denn das Potenzial der Frauen, das durch die fehlende Partizipation der Frauen im Beruf in Nordrhein-Westfalen noch schlummert, bildet eine bedeutsame Wirtschaftsgröße. Darin sind wir uns alle einig.

Die 16 Kompetenzzentren Frau und Beruf leisten hier eine wertvolle Arbeit. Ebenso werden wir die Weiterentwicklung des Girls' Day und Boys' Day und die Stärkung von Frauen in der Kommunalpolitik forcieren und ausbauen.

Diese Schwerpunktsetzung des Haushalts 2019 setzt an Problemen an und zeigt Perspektiven auf. Es geht in die richtige Richtung. Dies ist die verantwortungsvolle Politik der NRW-Koalition und der Landesregierung für die Gesellschaft, für die Frauen

(Angela Lück [SPD]: Bla, bla, bla!)

in unserem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Troles. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es besteht eine gewisse Diskrepanz zwischen den Redebeiträgen von Frau Troles und Frau Butschkau.

(Heiterkeit von Regina Kopp-Herr [SPD])

Ich möchte anstreben, mich in der Mitte davon zu positionieren.

(Henning Höne [FDP]: Maß und Mitte!)

Man muss konstatieren, dass es in vielen Bereichen eine große Kontinuität gibt, was sich auch im Haushalt abbildet. Zum einen stellen wir fest – und darauf

hat Frau Troles schon hingewiesen –, dass es eine große Kontinuität im Haus im Hinblick auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen gibt. Ich finde es gut, dass wir morgen zu so prominenter Stelle auch einmal eine Aktuelle Stunde dazu haben werden. Das Thema ist jeden Tag aktuell, aber es ist auch auf jeden Fall dessen würdig, mal in einer Aktuellen Stunde debattiert zu werden.

Es ist auch gut und richtig, dass es mittlerweile über die Legislaturperioden und die unterschiedlichen Landesregierungen hinweg eine Kontinuität in der Frauenhausfinanzierung gibt. Wir wollen nicht wieder anfangen mit der Frage, wer welche Stelle weggekürzt hat und wer sie dann wieder in den Haushalt eingestellt hat.

Entscheidend ist, dass wir auch weiterhin einen Aufwuchs bei der Frauenhausfinanzierung bzw. der Finanzierung der Frauenhilfeeinfrastruktur verzeichnen – mit nur 400.000 Euro zwar moderat, aber immerhin. Das hilft der Frauenhilfeeinfrastruktur.

(Zuruf von Ministerin Ina Scharrenbach)

– Ich lobe Sie gerade, und Sie sind nicht zufrieden, Frau Ministerin. Ich bin immer noch von der Opposition.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wann hat man das schon mal bei der Kollegin?)

Immerhin ist das ein Schritt in die richtige Richtung.

Frau Ministerin, Sie werden mir aber auch recht geben, dass wir längst nicht am Ende sind. Es bestehen immer noch große Herausforderungen bei der Fraueninfrastruktur. Stichwort: Barrierefreiheit – das ist in der Frauenhilfeeinfrastruktur nicht in dem Maße gegeben, wie es durch die Istanbul-Konvention geboten wäre.

Stichwort: Platzausbau. Ich weiß, dass Sie mindestens 50 Plätze ausbauen wollen. Ja, die Botschaft höre ich und nehme sie wohlwollend zur Kenntnis. Nichtsdestotrotz kann es doch nicht sein, dass in diesem Land nach wie vor von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder an Frauenhaustüren abgewiesen werden. Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und Stefan Kämmerling [SPD])

Ich will deutlich sagen, dass wir als Land uns dem nicht alleine stellen können. Das ist überhaupt keine Frage. Vielmehr ist auch der Bund mit in der Verantwortung und gefordert, Wege zu finden, um strukturell in die Finanzierung mit einzusteigen. Ich höre, dass auch Frau Giffey ein Programm initiieren will, um Investitionen ins Leben zu rufen.

Das wäre schön, aber die ganze Programmitis und Projektitis des Bundes hilft nicht bei der strukturellen Weiterentwicklung der Frauenhilfeeinfrastruktur. Wir

brauchen dafür Regelungen, welche die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen festschreiben und in eine vernünftige Richtung bringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Kontinuität besteht auch beim Thema „Kompetenzzentren Frau und Beruf“. Frau Schneider, wer hätte das gedacht? Wie lange haben Sie gegen die Kompetenzzentren Frau und Beruf gewettert? – Geldverschwendung, Doppelstrukturen etc., „weg damit!“. Die neue Landesregierung bringt das weiterhin kontinuierlich auf den Weg. Das ist eine gute Nachricht, vor allem für die Weiterentwicklung und auch im Hinblick auf die Fragen nach der Vereinbarkeit und der Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben.

Eine Sache kann ich Ihnen allerdings nicht ersparen. Da liegen wir meilenweit auseinander, und da hat diese Landesregierung durch Untätigkeit schlicht und ergreifend versagt. Wie es Sie nicht weiter wundern wird, ist das im Bereich des öffentlichen Dienstes und der Frauenförderung im öffentlichen Dienst der Fall.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Witzel, wir haben uns schon so häufig darüber unterhalten. Sie verstehen es leider nicht, und Sie weigern sich, Argumente zur Kenntnis zu nehmen.

(Ralf Witzel [FDP]: Vor einem Jahr sind Ihre Ansätze gescheitert!)

– Wir sind nicht gescheitert, wir sind abgewählt worden. – Sie haben das Gesetz ersatzlos gestrichen, und jetzt sitzen die Frauen in der gleichen misslichen Lage wie vorher. Vielen Dank dafür, Herr Witzel. Die Frauen in diesem Land werden es Ihnen lange nachtragen, dass Sie dort untätig sind und einfach nur die Lage bestaunen.

(Beifall von den GRÜNEN)

„Bestaunen“ ist genau das, was die Landesregierung macht. Die Berichte zum Landesgleichstellungsgesetz haben die Herausforderungen hinlänglich beschrieben. Es liegt alles auf dem Tisch. Die Landesregierung brauchte dafür allerdings noch einmal eine eigene Studie. Und das Ministerium von Frau Scharrenbach ist zu dem überraschenden Ergebnis gekommen – obwohl alle sagen, dass der öffentliche Dienst nicht diskriminierungsfrei bzw. benachteiligungsfrei für Frauen ist –: An den Bewertungskriterien usw. kann es nicht liegen. Das muss ein dummer Zufall sein, dass die Frauen im öffentlichen Dienst leider nicht mehr oben ankommen.

Sie haben mit dieser Studie anderthalb Jahre Zeit verschwendet, in der Sie hätten handeln können. Sie liegt nun auf dem Tisch, Sie handeln aber immer noch nicht. Jetzt wollen Sie wieder irgendetwas prüfen und überlegen und machen und tun. Nehmen Sie sich doch dieses schlaue Heftchen des DBB NRW – sicherlich keine Vorfeldorganisationen der Grünen –

zu Herzen und berücksichtigen Sie, was darin an Lösungsvorschlägen steht. Die kommen zu dem gleichen Schluss.

Roland Staude, der Vorsitzende des DBB, konstatiert in dem Vorwort: „Es gibt viele Frauen im öffentlichen Dienst, aber deutlich zu wenige in Führungspositionen“. Und dann kommt er auch noch zu dem Schluss: Auch bei einer vermeintlich weiblich geprägten Verwaltung findet eine Benachteiligung von Frauen statt. – Aha! Welch großartige Erkenntnis. Dafür brauchten Sie noch eine weitere Prüfschleife.

Ich hoffe im Sinne der Frauen im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen und allgemein, dass Sie sich nun vielleicht auch einmal auf den Weg machen und irgendetwas tun und nicht nur das Problem bewundern. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Gleichstellungshaushalt hat seinen Namen tatsächlich verdient; denn mit ihm wird die tatsächliche Gleichstellung in Nordrhein-Westfalen weiter verbessert. Es werden nämlich nicht nur Frauen gefördert, sondern es werden alle Geschlechter im Blick behalten und es wird dort geholfen und gesteuert, wo Hilfe benötigt wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Maßnahmen zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern müssen vor Beginn der Berufsausbildung gestartet werden. Nach wie vor richtet sich die Berufswahl an den klassischen Rollenbildern aus. Das führt dazu, dass wir zu wenige Frauen in den zukunftsweisenden MINT-Berufen und zu wenige Männer im pädagogischen Bereich, in der Pflege, in der Medizin oder in der Pharmazie haben.

Dieser Mangel tut unserer Gesellschaft nicht gut; denn gerade Geschlechtervielfalt führt in der Regel zu mehr Produktivität. Diese Geschlechtervielfalt kann auch ein kleiner Baustein sein, um den Fachkräftemangel in diesen Bereichen zu mindern.

Ich freue mich sehr, dass in den vergangenen Jahren in diesem Hohen Haus nicht nur der Girls' Day, sondern auch der Boys' Day gefeiert wurde; wie zuvor auch schon in zahlreichen Betrieben und Einrichtungen in unserem Land.

Zusätzlich zu dieser Tagesveranstaltung, die im Jahr 2019 am 28. März stattfinden soll, werden in Nordrhein-Westfalen künftig Projekte in Form von Akade-

mien stattfinden. Es sind 60-tägige Aktionen in Modellkommunen in jedem Regierungsbezirk geplant. Wir sind uns sicher alle einig, dass diese mehrtägigen Veranstaltungen für mehr Nachhaltigkeit sorgen werden. Vielleicht gelingt es uns dadurch, Mädchen und Jungen künftig verstärkt ihre Talente aufzuzeigen und sie für eine Berufswahl nach ihren tatsächlichen Neigungen und Fähigkeiten zu motivieren.

Das traurige Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie gegen Männer und Jungen gehört leider auch zur Gleichstellungspolitik. Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass alle demokratischen Fraktionen auf diesem politisch schwierigen Terrain grundsätzlich Seite an Seite stehen und sich für den Schutz der Gewaltbetroffenen einsetzen.

So war es auch gestern wieder, als die Damen des Gleichstellungsausschusses vor dem Landtagsgebäude gemeinsam eine Flagge mit der Aufschrift „Nein zu Gewalt gegen Frauen“ hissten. Die NRW-Koalition aus Christdemokraten und FDP zeigt aber nicht nur Flagge, sie handelt auch.

Erstens. Die 62 landesgeförderten Frauenhäuser erhalten im kommenden Haushaltsjahr wieder ein ordentliches Plus, dieses Mal in Höhe von 400.000 Euro.

Zweitens. Die Finanzierung der Akutschutzplätze steht auf einem stabilen Fundament. Seit Regierungsantritt haben wir den Etat um rund 1 Million Euro aufgestockt.

Drittens. Die Träger der Frauenhauseinrichtungen erhalten mit der Unterzeichnung der Zielvereinbarung über die Zukunftssicherung der Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen von Mitte Oktober rückwirkend zum Juli eine zusätzliche Förderung von Frauenschutzplätzen für jeden Platz, der über die Mindestplatzzahl von acht Plätzen hinausgeht.

Das umfasst ab dem kommenden Jahr bis 2022 eine Jahrespauschale in Höhe von 7.000 Euro, die flexibel sowohl für Personal- als auch für Sachkosten eingesetzt werden kann. Außerdem wird die Sachkostenpauschale für alle geförderten Frauenhäuser auf einen fixen Pauschalbetrag in Höhe von 7.500 Euro angesetzt, sodass die bisherige Staffelung von 4.000 bis 6.000 Euro entfällt.

Wir haben die Mittel für Frauenhäuser, die Frauenhilfe und den akuten Gewaltschutz um einen Millionenbetrag erhöht. Wenn Sie das, werte Damen von Rot-Grün, „ein bisschen nachbessern“ nennen, verstehe ich Ihre Logik nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Verschiedene Anlaufstellen für gewaltbetroffene Frauen sind wichtig. Deshalb ist es gut und richtig, dass die allgemeinen Frauenberatungsstellen im kommenden Jahr zusätzlich 100.000 Euro für ihre wertvolle Arbeit erhalten.

Mit unserem Wunsch, einen Landesaktionsplan auch für von Gewalt betroffenen Jungen und Männern zu entwickeln, haben wir – wie es sich derzeit zeigt – einen Stein ins Rollen gebracht. Es kann und muss festgestellt werden, dass es sehr wohl Gewalt an Jungen und Männern gibt und dass dieses Thema ausgesprochen vielschichtig ist.

Hier liegt noch vieles im Dunkeln, was nun im kommenden Jahr durch den geplanten Viktimisierungssurvey analysiert werden soll. Auf die Erkenntnisse bin ich nicht nur gespannt; sie sind auch zwingend notwendig für die weitere Entwicklung des Landesaktionsplans „Gewalt gegen Jungen, Männer und LSBTI“.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf bedient keine Spielwiesen, er sieht eine deutliche Mittelerhöhung für die wirklichen Probleme im Bereich Gleichstellung vor und baut außerdem Bürokratie ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Röckemann.

Thomas Röckemann (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich den Haushaltsplan für das Jahr 2019 im Bereich Gleichstellung anschaut, muss man sagen, dass hier weit über das grundgesetzlich verankerte Ziel hinausgeschossen wurde.

In Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes aus dem Jahr 1949 ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau verankert. Heute ist die rechtliche Gleichberechtigung von Mann und Frau in unserem Land längst abgeschlossen. Die mitentscheidende Rolle der Frau in unserer deutschen Gesellschaft ist zudem anerkannt.

(Lachen von Angela Lück [SPD] – Heike Gebhard [SPD]: Selten so gelacht!)

– Vielleicht bestreiten Sie das, aber ich meine das schon. Die Gleichberechtigung der Frau ist allerdings grundverschieden zu der von Ihnen propagierten Gleichstellung. Unter Gleichstellung versteht Wikipedia die Maßnahmen der Angleichung der Lebenssituation von im Prinzip gleichberechtigten heterogenen Bevölkerungsgruppen. Sie aber wollen noch weiter und vertreten mit der Ideologie des Gender-Mainstreaming einen Umerziehungsgedanken, der sich biologischen Tatsachen verweigert.

(Lachen von Angela Lück [SPD])

Ihnen zufolge – und vielleicht haben Sie es heute schon vorgenommen – kann man sich das Geschlecht aussuchen wie die Farbe der Unterhose.

(Angela Lück [SPD]: Frauen in den Keller!)

Ich lese Ihnen vor, was der Evolutionsbiologe Professor Dr. Ulrich Kutschera von dieser Scheinwissenschaft hält. Ich zitiere:

„Meine Kernthese ist, dass hinter der Gender-Mainstreaming-Agenda eine Riege naturwissenschaftlich unterbelichteter Ideologen steht, die weder von Biologie noch Chemie irgendeine Ahnung haben.“

(Beifall von Dr. Christian Blex [AfD])

„Die Agenda wurde von Personen erdacht, die dem logisch-naturwissenschaftlichen Denken fernstehen; und dann kommt eben so eine menschenverachtende, feministische Absurdität heraus.“

(Zuruf von Volkan Baran [SPD])

– Lassen Sie doch einfach auch mal eine Meinung gelten, die nicht die Ihre ist.

Deshalb findet sich Gleichstellung auch nicht im Grundgesetz wieder; sie ist nämlich Hokusfokus.

Was Gleichberechtigung betrifft – Sie werden staunen –, ist die AfD übrigens die modernste aller Parteien. Die AfD möchte, dass jede Frau sich zwischen Karriere und Muttersein entscheiden kann. Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, sodass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit und Erwerbspause entscheiden können und ihre Unter-Dreijährigen nicht in Kindertagesstätten abliefern müssen.

(Beifall von der AfD)

Dazu bedarf es keiner Gleichstellung.

In Nordrhein-Westfalen leben schätzungsweise 10.000 Frauen, die Opfer eines Verbrechens geworden sind, nämlich der Genitalverstümmelung. Die vorgesehenen Mittel zur Umsetzung des Landesaktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen werden keine wirkliche Hilfe für Opfer von Genitalverstümmelungen sein, wenn hier schon das Strafrecht versagt. Ich frage mich inzwischen, was die sogenannten Opferverbände mit den Steuermitteln so anstellen, wenn solch bestialische Verbrechen von ihnen noch nicht einmal gemeldet werden.

Auch am Beispiel der Frauenhäuser wird erkennbar, dass die Mittelverwendung jedenfalls dann fragwürdig erscheint, wenn dort Frauen untergebracht werden, die kein Aufenthaltsrecht haben – womöglich werden sie geschlagen von schutzsuchenden Männern. Hier kann gespart werden, wenn Nichtberechtigten endlich des Landes verwiesen werden.

Sie hingegen investieren in Sozialpädagogen und Genderbeauftragte, um Pöstchen für Ihre Wählerklientel bereitzustellen, anstatt die wirklichen Probleme im Land anzugehen. Solche Wahlgeschenke auf Kosten der Steuerzahler sind uns fremd, und daher lehnen wir Ihren Haushalt ab. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Nach Herrn Röckemann, der für die AfD-Fraktion gesprochen hat, spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sie erkennen angesichts des letzten Wortbeitrags, dass die Rechte der Frauen auch im hundertsten Jahr nach der Einführung des Wahlrechts keine Selbstverständlichkeit sind,

(Heiterkeit von der CDU)

sondern dass wir sie jeden Tag aufs Neue verteidigen müssen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Der Haushalt 2019 für den Bereich Gleichstellung ist ein Haushalt, der mit Ideen und Kreativität daherkommt. Sehr geehrte Frau Butschkau, ich weiß nicht, welches Haushaltsjahr Sie sich angesehen haben. Wahrscheinlich war es das letzte Jahr von Rot-Grün;

(Sarah Philipp [SPD]: Wie witzig! – Zuruf von Anja Butschkau [SPD])

jedenfalls kann es nicht der Haushalt 2019 von CDU, FDP und Landesregierung gewesen sein.

Wir sichern die Frauenhausinfrastruktur; wir haben eine Zielvereinbarung mit der LAG Autonome Frauenhäuser und der Freien Wohlfahrtspflege geschlossen, über die wir sehr froh sind. Sie stellt eine gesicherte Verbindung dazu dar, was die eine Seite von der anderen erwarten darf, und ein Versprechen auf Gegenseitigkeit. Damit ist im Besonderen auch das Verständnis verbunden, dass wir nach Jahren des Stillstands im Aufbau – das sage ich ausdrücklich – in Nordrhein-Westfalen mindestens 50 neue Plätze erreichen wollen.

Wir fördern den Bau von Frauenhäusern aus der öffentlichen Wohnraumförderung heraus. Wir kümmern uns um den Übergang von stationären in ambulante Frauenangebote. Wir diskutieren nicht nur über das Thema „Gewalt gegen Mädchen und Frauen“, sondern wir gehen es aktiv an, indem wir auch aktiv hinsehen.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Paul, ich bedanke mich für das Lob für die 400.000 Euro. Wir haben in diesem Jahr schon 500.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, seit Jahresanfang die Sachmittel flexibilisiert und bereits im vergangenen Jahr weitere 250.000 Euro zur Verfügung gestellt.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Habe ich mich beschwert?)

– Ich erwähne es nur der Vollständigkeit halber für Ihre nächste Rede, in der Sie dann CDU und FDP für diese Art der Politik loben dürfen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Jetzt reicht es aber! – Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Da muss schon noch ein bisschen mehr kommen! – Heiterkeit von der CDU – Josefine Paul [GRÜNE]: Ich habe Sie letztens gelobt, da waren Sie gar nicht da!)

– Vielen Dank, wir werden dazu ja auch im Dialog bleiben.

Sie wissen also: Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ hat bei uns einen sehr hohen Stellenwert, und auch das Thema „Gewalt gegen Männer“ hat einen adäquaten Stellenwert. Wir beginnen damit, den Bereich des Landesaktionsplans zur Gewalt gegen Jungen, Männer und LSBTI aufzubauen. Wir haben auch sehr früh gesagt, dass es einen separaten Landesaktionsplan geben wird, wenn sich herausstellen sollte, dass das Thema „LSBTI“ in den Aktionsplan gar nicht hineinpasst. Auch da wählen wir einen sehr pragmatischen Ansatz.

(Unruhe – Glocke)

– Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Auch das Thema „Frau und Beruf“ treiben wir weiter voran. Die Kompetenzzentren haben wir gesichert, und wir arbeiten aktuell daran, eine Dachmarke zu kreieren, damit das, was die Kompetenzzentren Frau und Beruf in Nordrhein-Westfalen in den Regionen gemeinsam mit anderen Instrumenten auf den Weg bringen, wesentlich sichtbar wird, als es derzeit der Fall ist.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine Bemerkung zum Thema „mehr Frauen in Führung“, weil es mehrfach angesprochen wurde. Es mag Ihnen entgangen sein, dass von fünf Regierungspräsidien vier weiblich besetzt sind.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das war doch bei uns auch schon so!)

Das ist unter der neuen Landesregierung letztendlich so besetzt worden. Und ganz offen gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete von SPD und Grünen: Man kann natürlich nur diejenigen in Gruppenleitungs- und Abteilungsleitungsfunktionen bringen, die zuvor auch schon im Referatsbereich tätig gewesen sind.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist genau die Frage, Frau Ministerin!)

Wenn Sie also in den letzten sieben Jahren wenige Frauen auf der öffentlichen Dienstleiter hochgezogen haben,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh! – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

dann ist es schwierig,

(Beifall von der CDU und der FDP)

weiter von unten nach oben hochzuziehen.

(Zurufe von Stefan Zimkeit [SPD] und Dr. Dennis Maelzer [SPD] – Josefine Paul [GRÜNE]: Kennen Sie die Zahlen aus dem vierten Bericht? – Unruhe – Glocke)

– Offensichtlich habe ich Sie getroffen – anscheinend mit Wahrheit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, mit Unwahrheit!)

Sie wissen – wir haben es Ihnen auch zugesagt –: Es ist doch völlig logisch, dass man als Erstes in die Beurteilungsrichtlinien hineinschaut.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie haben da also reingeguckt!)

Sie haben dem Bericht auch entnommen, dass mehrere Ministerien Anpassungen bei den Beurteilungsrichtlinien vorgenommen haben. Erstmals gab es eine Gesamtübersicht über alle Beurteilungsrichtlinien, auch unter dem Gesichtspunkt der Beurteilung von Frauen.

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Im zweiten Schritt – dazu steht die Terminabstimmung mit den Fachgewerkschaften DBB, komba und ver.di an – ist auszutauschen, wo es aus Sicht der Gewerkschaften strukturelle Diskriminierungen im Zusammenhang mit Beurteilungen gibt. Das ist der praktische Ansatz. Ich vermute, es eint uns das Ziel, dass wir die subjektiven Elemente in Beurteilungsprozessen verringern und eliminieren müssen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Da sind wir beieinander!)

An diesem Ziel arbeiten wir entsprechend.

Es handelt sich also um einen sehr guten Haushalt, und ich freue mich auf eine sehr breite Zustimmung aus diesem Parlament – für mehr Schutz für Frauen und in diesem Fall auch für Männer, für mehr berufliche Gleichstellung für Mädchen und Jungen. Ich glaube, dass wir gemeinsam sehr viel auf den Weg bringen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Wir sind damit am Ende der Aussprache zum Einzelplan 08 angelangt. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4408, den Einzelplan 08 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Somit stimmen wir über die Beschlussempfehlung und nicht über den Einzelplan selbst ab. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. – Die Enthaltung kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Neppe. Mit diesem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 08 in der Fassung der in der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4408 ausgewiesenen Beschlüsse angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 11
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4411

- a) Arbeit
- b) Soziales
- c) Gesundheit

Ich rufe den ersten Teilbereich auf:

a) Arbeit

Ich eröffne die Aussprache, und für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Neumann das Wort.

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Heute ist eigentlich kein so guter Tag für Nordrhein-Westfalen.

(Unruhe – Glocke)

An einem Tag, an dem wir die Nachricht bekommen haben, dass einer der größten Arbeitgeber in unserem Lande beabsichtigt, 12.000 Arbeitsstellen abzubauen, halte ich es für angebracht, sich gerade in der Diskussion des Haushalts für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Bereich Arbeit mit dieser Thematik zu beschäftigen und noch einmal darauf einzugehen.

Rund 22.000 Arbeitsplätze hat Bayer hier in Nordrhein-Westfalen. Zwei Kernstandorte, Bayer Leverkusen und Umgebung und Wuppertal und Umgebung, müssen wir hier besonders hervorheben, und zwar nicht nur mit den Produktionsstandorten, die

sich hier in Nordrhein-Westfalen befinden, sondern vor allem auch mit einem starken Forschungsstandort, den wir hier in Nordrhein-Westfalen haben, und auf den wir stolz sein können.

Wenn nun Bayer mitteilt, dass man beabsichtigt, im Jahre 2019 pro Aktie 1 Euro mehr zu zahlen und im Jahre 2020 rund 10 Euro pro Aktie zu zahlen – im Vergleich zu den 6,80 Euro, die für 2019 geplant sind –, dann ist das erst einmal eine gute Nachricht für Aktionäre.

Wenn man dann die zweite Schlagzeile liest, dass im Rahmen der Effizienz- und Strukturmaßnahmen rund 12.000 der weltweit 118.000 Arbeitsplätze wegfallen sollen, ein signifikanter Teil davon in Deutschland, dann kann man sich vorstellen, welche Standorte insbesondere betroffen sein werden. Ich denke, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen besonders davon betroffen sein werden.

Kolleginnen und Kollegen, gerade wir hier an diesem Industriestandort, am Gesundheits- und Pharmastandort Nordrhein-Westfalen, müssen jetzt sehr deutlich Flagge zeigen, wenn es darum geht, sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen einzusetzen, und wenn es darum geht, den Forschungsstandort Pharma in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und diesen zu unterstützen.

(Beifall von der SPD)

Ja, wir können erst einmal mit der Information zufrieden sein, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen bis zum Jahre 2025 geben soll. Aber jeder abgebaute Arbeitsplatz bei Bayer bedeutet nicht nur abgebaut bei Bayer, sondern bedeutet auch bei Zulieferern, bei sonstigen Lieferanten einen Wegfall von Aufträgen, ein Einbrechen von Arbeitsplätzen und letztendlich eine Wertschöpfung, die verlorengeht.

Insbesondere die Städte, in denen sich diese Standorte befinden, die durch ihre kommunalen Einnahmen darauf angewiesen sind, wissen, was es bedeutet, wenn es diesen massiven Arbeitsplatzabbau gibt.

Deshalb ist es wichtig, dass wir gerade bei dieser Diskussion zum Thema „Haushalt“ heute noch einmal das Signal setzen, dass wir hier an der Seite der Betroffenen stehen müssen, dass wir für jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen müssen, aber dass wir insbesondere auch einen enormen Beitrag dazu leisten müssen, dass der starke Forschungsstandort Bayer erhalten bleibt.

(Beifall von der SPD)

Nur wenn Forschung stattfindet, wird es auch nachhaltige Arbeitsplätze und eine nachhaltige Wertschöpfung in diesem Bereich geben. Deshalb müssen wir gemeinsam sehr darauf achten, was bei Bayer in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren passiert. Wir müssen alle gemeinsam an einer Seite stehen, um diesen Standort zu verteidigen,